Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf 51, Cornelius-str. 66. Berichte, kleine Beiträge 2c. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 2 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3,— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Acken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 44. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 2. November 1907. Fernsprech-Nummer 4423. 9. Jahrgang.

Aufruf!

An alle Ortsgruppenvorstände und Mitglieder!

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Auf Anregung und Beschluß des Zentralvorstandes soll auch das Jahr 1907 durch eine systematische

Fabrik- und Hausagitation

für unsern Verband zu Ende geführt werden. Die Hausagitation, welche Ende des Jahres 1905 veranstaltet wurde, hat den Erfolg gehabt, daß dadurch dem Verbande **über 3000 neue Mitglieder** zugeführt wurden. Diesmal wird zweifellos das Resultat einer allgemeinen, einheitlichen und planmäßigen Fabrik- und Hausagitation noch viel günstiger sein, wenn — ja wenn alle Mitglieder ihre Pflicht tun, d. h. **freudig und opferwillig mitwirken.** In den bevorstehenden, zur Agitation besonders geeigneten Wintermonaten wird die aufzuwendende Mühe und Arbeit sich reichlich lohnen.

Bei der Fabrik- und Hausagitation können folgende

Flugblätter

Verwendung finden:

1) „An die deutschen Textilarbeiter und Arbeiterinnen!"
2) „Offener Brief an die Unorganisierten!"
3) Ein eigenes Flugblatt für den betr. Bezirk.

Letzteres Flugblatt wird durch den Bezirksvorsitzenden verfaßt, in entsprechender Auflage hergestellt und auf Wunsch den Ortsgruppen jede gewünschte Anzahl zugeschickt werden. Der Inhalt dieses Flugblattes wird natürlich den besonderen Verhältnissen im Bezirk Rechnung tragen.

Die Flugblätter Nr. 1 und 2 sowie Aufnahmezettel und sonstiges Material sind von der Geschäftsstelle des Verbandes, Düsseldorf 51, Korneliusstr. 66, zu beziehen.

Die **Hausagitation** soll nun wie folgt planmäßig durchgeführt werden:

Jede Ortsgruppe teilt ihr Gebiet — und eventl. benachbarte Orte — **in zahlreiche kleinere Bezirke. Alle unorganisierten Textilarbeiter und -Arbeiterinnen in diesen Bezirken werden an einem bestimmten Tage — am besten Sonntags — in ihrer Wohnung besucht.** Man redet mit den Leuten, gibt ihnen ein Flugblatt und einen Aufnahmeschein. Sind die Kollegen resp. Kolleginnen nicht sofort zum Beitritt zu bewegen, so sagt man ihnen, sie möchten sich die Sache noch überlegen, vor allen Dingen das Flugblatt und den Aufnahmeschein lesen usw. **Der Aufnahmeschein werde eine Woche später wieder abgeholt.** (Das letztere muß natürlich auch geschehen und wird sich in vielen Fällen bei diesem zweiten Besuch erst ein günstiges Resultat zeigen.)

In einzelnen Ortsgruppen wird man durch Abhaltung zahlreicher kleinerer **Revierversammlungen** der Hausagitation großeren Nachdruck verleihen können.

An manchen Plätzen dürfte sich besonders eine

intensive Betriebsagitation

empfehlen. Bestimmte Regeln lassen sich für die Fabrikagitation nur schwer angeben, weil die Verhältnisse zu verschieden sind. Eine **gemeinsame Vorstands- und Vertrauensmänner-Beratung** wird schon entsprechende Mittel und Wege ergeben.

Bei dieser Gelegenheit bringen wir das **Fabrik-Vertrauenspersonen-System** in empfehlende Erinnerung.

Mitwirkung aller Mitglieder.

Selbstverständlich kann die gut arrangierte Fabrik- und Hausagitation nicht von den **Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten allein** durchgeführt werden. Wir erwarten daher, daß sich in diesem Falle **einmal alle Kollegen und Kolleginnen in den Dienst des Verbandes und der Arbeitersache stellen. Also, auf an's Werk!** Von der größten Wichtigkeit ist, daß die

Vorstände die Aktion gründlich vorbereiten

und dafür Sorge tragen, daß alle Unorganisierten besucht werden.

Es bedarf wohl kaum eines besonderen Hinweises darauf, daß gleichzeitig überall — möglichst öffentliche —

Agitationsversammlungen

abgehalten werden müssen. Als Verhandlungsthema dürfte u. a. zu empfehlen sein:

„Die Entwickelung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und der 8. deutsche Arbeiterkongreß."

Die Resultate der Fabrik- und Hausagitation müssen möglichst bald, spätestens aber am 31. Dezember cr. der Zentralstelle in Düsseldorf mitgeteilt werden, da sie in der Textilarbeiter-Zeitung veröffentlicht werden sollen.

Auf, an die Arbeit! Auf zur Agitation!

Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand:

J. A.: C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Zweiter deutscher Arbeiterkongreß in Berlin.

Vier Jahre sind nunmehr verflossen, seitdem der erste deutsche Arbeiterkongreß in Frankfurt a. M. tagte. „Was will denn diese bunt zusammen gewürfelte Gesellschaft?" so höhnten damals die Gegner. Und selbst Freunde legten sich die bange Frage vor, ob es gelingen werde, die den verschiedensten Organisationen angehörigen nicht sozialdemokratischen Arbeiter zu gemeinsamer sozialer Arbeit zu vereinen. Aber weder Spott noch Zweifel vermochten das Vertrauen der Arbeiter zu erschüttern. Und der großartig angelegte Plan gelang vollständig. Mochten auch die in Frankfurt vertretenen Organisationen noch so verschieden sein inbezug auf ihre Aufgaben und Tendenzen, in ihrer Stärke und ihrem Einfluß: alle brachten das ehrliche Bestreben mit, im christlichen und nationalen Geiste mitzuwirken am sozialen Werke; damit aber war der einigende Boden geschaffen zu gemeinsamer fruchtbringender Arbeit.

Am 20. Oktober ist der zweite deutsche Arbeiterkongreß in Berlin zusammengetreten. Es waren mehr als 300 Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen, die 1 126 000 christlich-nationale Arbeiter vertraten. Auch Vertreterinnen von christlich-nationalen Frauenvereinen waren anwesend. Die Reichsregierung war durch den Staatssekretär des Reichsamts des Innern v. Bethmann-Hollweg vertreten, die preußische Regierung durch den Handelsminister Delbrück. In ihrer Begleitung sah man den Direktor im Reichsamt des Innern, Geh. Ober-Reg.-Rat Caspar, den Präsidenten des Reichsgesundheitsamts Dr. Bumm, aus dem Handelsministerium die Geh. Ober-Reg.-Räte Neumann und Frick.

Kollege Behrens-Essen eröffnete den Kongreß mit einer Begrüßungsansprache, die in ein vom Kongreß begeistert aufgenommenes Kaiserhoch ausklang.

Darauf ergriff Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte: „Sie haben die Güte gehabt, mich zu diesem Arbeiterkongreß einzuladen, und ich bin der Einladung mit Freuden gefolgt. Das Amt, zu dessen Führung ich berufen worden bin, erfaßt beinahe alle Lebensverhältnisse im deutschen Reiche und so insonderheit die Verhältnisse des Arbeiterstandes. Um so dankbarer bin ich für jede Gelegenheit, die mir geboten wird, mit Vertretern der verschiedenen Berufsstände in persönliche Berührung zu treten, weil auch die sachlichste Behandlung der Geschäfte durch persönliche Beziehungen jeglicher Art nur gefördert werden kann. Hängt es doch wohl auch mit einer solchen menschlichen Auffassung der Dinge zusammen, wenn Sie selbst, wie ich zu meiner großen und besonderen Freude höre, meinem Amtsvorgänger, dem Grafen Posadowsky, öffentlich Ihre Dankbarkeit bezeugt haben und noch bezeugen wollen für die außerordentlichen Verdienste, die er sich auf allen Gebieten und namentlich um die Sozialpolitik im Deutschen Reiche erworben hat, indem er unermüdlich und tatkräftig und nicht nur mit seinem die Dinge von Grund aus beherrschenden Verstande, sondern auch mit einem warmen Herzen für das Los der arbeitenden Klassen gesorgt und gearbeitet hat. Seitdem Sie den ersten großen Kongreß in Frankfurt a. M. veranstaltet haben, sind vier Jahre ins Land gegangen. In der Zwischenzeit hat das Streben nach korporativer Zusammenschließung weiter stark zugenommen bei den Arbeitgebern sowohl wie bei den Arbeitnehmern. Und auch bei Ihnen sind die Zahlen Ihrer Mitglieder ganz bedeutend gewachsen. Ich freue mich dieser Erstarkung aufrichtig. Aber auch hier gilt der Satz, daß, je größere Macht einer hat, um so höher seine Verantwortlichkeit steigt. Gewiß ist es natürlich und voll berechtigt, daß Arbeiter sich zu Vereinigungen zusammentun, weil der einzelne in dem wirtschaftlichen Getriebe unserer Zeit schwerer zu seinem Rechte kommt als die geschlossene Vereinigung; gewiß ist es natürlich und berechtigt, daß solche Arbeitervereinigungen nicht ihre Aufgabe darin erblicken, die Geschäfte anderer zu besorgen, sondern daß sie der Arbeiter Wünsche vorbringen, indem sie mit allen Mitteln die wirtschaftliche, soziale und sittliche Wohlfahrt des Arbeiterstandes zu heben suchen. Das ist nicht nur Ihr Recht, daß ist Ihre Pflicht. Aber Sie werden mir auch ein weiteres zugeben. Wir Menschen, wir alle, welchem Stande wir auch angehören, unterliegen so leicht der Gefahr, Macht, die wir erlangt haben, zum Nachteil anderer auszunutzen. Die ganze Menschheits- und die ganze Weltgeschichte ist ein einziges Zeugnis davon, und auch die Koalitionen, die sich auf wirtschaftlichem Gebiete gebildet haben, sind dieser Gefahr unterworfen. Ich brauche Sie, die Sie die Kämpfe, die Nöte und Sorgen des täglichen, häufig so mitleidslosen Lebens ganz unmittelbar fühlen, nicht an Einzelheiten zu erinnern. Sie wissen selbst am besten, wie Terrorismus, von welcher Seite er auch kommen möge, nicht nur den moralischen Halt des Menschen vernichtet, sondern auch ganze wirtschaftliche Existenzen zu zertrümmern geeignet ist. Die Waffen des rücksichtslosesten Zwanges mögen sich darbieten, wenn es gilt, einen Feind niederzuringen. Aber liegt die Sache hier so? Freilich, die sozialdemokratische Bewegung meint es. Sie befinden sich ihr gegenüber unzweifelhaft in einer schwierigen Lage. Es ist so viel leichter, Unzufriedenheit, Haß und Neid zu erregen, so viel leichter, die Massen mit sich fortzureißen, wenn man ihnen vorhält: alle anderen Stände und Berufskreise sind im Unrecht, die Unternehmer sind die geschworenen Todfeinde des Arbeiters, die staatliche Ordnung, die dem einzelnen ja auch drückend lästig werden kann, ist nichts, als den Arbeiter entrechten und vergewaltigen. Sie wollen mit anderen Mitteln arbeiten. Sie wollen, daß unter den deutschen Arbeitern wieder die vier Grundpfeiler aufgerichtet werden, die ihnen eine glückliche Zukunft sichern: Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit. Das mag eine weniger zugkräftige Parole sein als jene andere, und in den Kämpfen des wirtschaftlichen Lebens, in denen es hart auf hart geht, tut sich Ihnen wohl die Versuchung auf, ob Sie es nicht jenen anderen nachmachen, hinter ihnen nicht zurückstehen sollen in dem Umfange der Forderungen und in der Rücksichtslosigkeit ihrer Vertretung. Ich würde es für ein schweres Verhängnis halten, wenn Sie dieser Versuchung erlägen. Es handelt sich nicht darum, daß sich die Ihrem Programm folgende Arbeiterschaft als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie brauchen lassen solle, auch nicht darum, daß Sie eine schwächliche Sozialpolitik nach dem Motto treiben sollen „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß". Nein, es handelt sich darum, daß Sie unter Festhalten am Vaterlande, an der Treue zu Kaiser und Reich und an der von den Vätern überkommenen Religion für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter entschlossen, aber gemeinsam mit den anderen Gliedern unseres deutschen Volkes zusammenarbeiten wollen, daß Sie dieses Programm immer fester ausgestalten und bei ihm ausharren, unbekümmert um die Werbungen und Verlockungen von links her. Und glauben Sie nicht, daß Ihre Arbeit und Ihre Aufgaben an Größe und Bedeutung verlören, wenn sie auch bei entschiedenster Betonung der eigenen Interessen doch immer dessen eingedenk bleiben, daß ein jeder Stand, und deshalb auch der Arbeiterstand nur ein Glied des gemeinsamen Volkskörpers ist, daß nicht die Ausschaltung aller anderen Interessen, sondern der billige Ausgleich einander entgegenstehender Interessen das Ziel ist. Im Gegenteil. Ich wüßte kaum eine größere Aufgabe der Gegenwart als diejenige, die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die bestehende Gesellschaft. Die Art unserer zukünftigen Entwickelung wird davon abhängen, ob die deutsche Arbeiterschaft gewillt ist, auf diesen Boden zu treten.

Nun werden Sie mir einwerfen, daß Sie diese Aufgabe nur lösen können, wenn Sie auf Gegenseitigkeit rechnen dürfen. Gewiß, Gegenseitigkeit auf beiden, auf allen Seiten. Ehrlicher Wille, sich gegenseitig zu verstehen, ehrlicher Wille, die berechtigten Forderungen des anderen anzuerkennen, ehrlicher Wille, die eigenen Wünsche dem großen Ganzen anzupassen! Nur wenn solcher Wille bei der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum in gleicher Weise lebt und sich betätigt, nur dann kann die Arbeit von Erfolg sein.

Ich füge ein Drittes hinzu. Die Arbeit würde trotzdem vergeblich bleiben, wenn nicht auch die Staatsgewalt solchen ehrlichen Willen, wo immer er vorhanden ist, tatkräftig unterstützt, alles aber, was ihm zuwiderhandelt, mit Entschiedenheit bekämpft. Dem Geiste, der die großangelegte sozialpolitische Gesetzgebung ins Leben gerufen hat, ist, das wissen Sie, unser Kaiser treu. Die Arbeit stockt auch jetzt nicht, eine Ruhepause ist nicht eingetreten. Der Bundesrat beschäftigt sich mit dem Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz, und mit einer noch vom Grafen Posadowsky ausgearbeiteten Novelle zur Gewerbeordnung, die unter anderem wichtige Bestimmungen über die Dauer der Frauenarbeit und über die Heimarbeit enthält. An einem Gesetzentwurf über Arbeitskammern, den ich vorfand, wird ununterbrochen weitergearbeitet. Ich hoffe, daß er noch in diesem Winter feste Gestalt annehmen wird. Alles das sind Fragen, die Sie fortgesetzt beschäftigt haben und noch beschäftigen. Aber sie stellen nur einen Ausschnitt dar. Das Leben läßt täglich neue Probleme entstehen, und mir ist es wohl bewußt, daß noch eine ganze Reihe anderer Fragen aus alter und neuer Zeit der Lösung harren, daß noch eine große Anzahl weiterer Wünsche von Ihnen beraten und vorgebracht werden wird.

Sie wollen überzeugt sein, daß ich Ihren Verhandlungen mit der größten Aufmerksamkeit folgen und dankbar sein werde für jede Anregung, für jede Unterstützung, die uns dem vorhin von mir gekennzeichneten Ziele näher führt. Ich habe vielleicht Dinge gesagt, die an sich selbstverständlich sind. Vielleicht werfen Sie mir auch vor, daß sich die Aufgaben, die Ihnen nach meiner Anschauung gestellt sind, nicht mit der Härte des wirklichen Lebens vertrügen. Mir sind diese Härten wohlbekannt. Ich kenne die Sorgen, unter denen der wirtschaftlich Schwache der Krankheit, der Arbeitslosigkeit, der Fürsorge für Frau und Kinder gegenübersteht. Ich kenne auf der anderen Seite auch den Ernst unserer Tage, in denen neue Wirtschaftsformen das gegenseitige Verhältnis von Unternehmern und Arbeitern umgestaltet haben, in denen es vielerorten zu einer Spannung gekommen ist, die den inneren Frieden zerstört und zu Kämpfen geführt hat, die nicht nur unser wirtschaftliches, sondern auch unser staatliches und nationales Leben aufs schwerste gefährden. Aber gerade, weil es sich hier um Fragen handelt, welche bis an den Lebensnerv sowohl des Einzelnen wie der ganzen Nation gehen, richte ich an Sie die Bitte, daß Sie in Ihrer gesamten Wirksamkeit mit derselben Energie, mit der Sie für das Wohl jed[illegible] Einzelnen aus dem von Ihnen vertretenen Stand[illegible], auch dem Wohl unseres gesamten Vaterlandes dienen möchten. Und mit dieser Bitte wünsche ich Ihren Verhandlungen und Beratungen einen gedeihlichen Erfolg."

Im Auftrage ihrer Parteien begrüßten den Kongreß die Abgeordneten Pauli (Konservativ), Liebermann von Sonnenberg (Wirtschaftliche Vereinigung), Schwabach (Nationalliberal), Lutz (Reichspartei) und Erzberger (Zentrum). Professor Franke-Berlin begrüßte den Kongreß namens der Gesellschaft für Soziale Reform.

Behrens-Essen teilte dem Kongreß die Grüße des Abg. Stöcker mit, der zwar anwesend sei, infolge körperlichen Leidens aber nicht sprechen könne.

Zu Vorsitzenden des Kongresses wurden die Kollegen Behrens-Essen und Stegerwald-Köln gewählt.

Nach Konstituierung des Bureaus beschloß der Kongreß die Absendung folgenden Telegramms an den Kaiser:

„Der zweite deutsche Arbeiterkongreß, der von 300 Vertretern aus allen Gauen des Reiches, den verschiedenen Berufen und Konfessionen beschickt ist, bringt Ew. Majestät seine Huldigung dar und versichert seine unwandelbare, monarchische Treue und nationale Gesinnung. Die mehr als eine Million Mitglieder der hier vertretenen Arbeiter- und Angestelltenverbände stehen treu zu Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland. Der Kongreß vertraut dem von Ew. Majestät in dem Erlasse vom 17. November 1906 ausgesprochenen Allerhöchsten Willen, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiete der sozialpolitischen Fürsorge nicht ruhe und in Erfüllung der vornehmsten Christenpflicht auf den Schutz und das Wohl der Schwachen und Bedürftigen fortgesetzt bedacht sei", worauf im Laufe der weiteren Tagung folgendes Antwortschreiben des Kaisers einlief:

„Ich bitte den Vorstand, dem Zweiten deutschen Arbeiterkongreß für den Ausdruck treuer Anhänglichkeit und nationaler Gesinnung meinen wärmsten Dank auszusprechen. Ich freue mich, daß auf dem Kongreß eine so ansehnliche Zahl patriotisch fühlender deutscher Arbeiter vertreten ist und wünsche den Verhandlungen des Kongresses einen guten Erfolg zum Segen der Arbeiterschaft wie des gesamten Vaterlandes."

Behrens-Essen berichtet darauf im Namen des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses über dessen Tätigkeit. Mit Bedauern müsse festgestellt werden, daß von den Forderungen des Frankfurter Kongresses bisher nicht eine einzige von der Gesetzgebung erfüllt wurde, und daß die Koalitionsfreiheit noch nicht einmal im Programm der Regierung angekündigt worden sei. Der Redner wandte sich auch gegen die sog. „freien" Gewerkschaften, die sozialdemokratische Propaganda machen, und auch gegen die gelben Gewerkschaften, in denen ein neuer Feind entstanden sei: Verbände, die ihr Koalitionsrecht um einen Sack Kartoffeln verschachern. Es hat in der vergangenen Zeit unter den dem Kongreß angehörenden Organisationen über bestimmte Angelegenheiten noch nicht die volle Einigkeit hergestellt werden können. In mancher Beziehung fehlt es noch an Geschlossenheit. Darunter litt die Stoßkraft unserer Bewegung. Wenn der Kongreß durch seine Berliner Tagung den Erfolg erzielt, die Geschlossenheit und das Bewußtsein der Waffenbrüderschaft zwischen christlich-nationalen Gewerkschaften und Berufsverbänden einerseits und den konfessionellen Arbeitervereinen andererseits zu stärken, ferner durch seine Verhandlung die Sozialreform in kräftiger Weise zu fördern, wird er für Arbeiterschaft und Vaterland von Segen sein. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung werde unbeirrt von allen Anfeindungen unaufhaltsam fortschreiten. Schack-Hamburg erstattete hierauf den Kassenbericht. Alsdann wurde dem Vorstande Entlastung erteilt und die Verhandlung auf Montag vertagt.

Bald darauf fand im Kriegervereinshause eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in der Oswald-Aschaffenburg, Frl. Behm-Berlin und Roth-Hamburg über „Vier Jahre Standesarbeit" sprachen. Mehr als 3000 Personen waren zugegen.

Am zweiten Tage beschäftigte sich der Arbeiterkongreß mit der allgemeinen sozialpolitischen Lage. Am Tische der Regierung hatten Platz genommen u. a. Ministerialdirektor Dr. Caspar aus dem Reichsamt des Innern, Geh. Ober-Regierungsrat Koch aus dem Reichsamt des Innern und Geh. Rat v. Meyeren aus dem früheren Handelsministerium. Ferner bemerkte man den früheren Handelsminister Frhrn. Dr. v. Berlepsch. Um ½10 Uhr eröffnete Behrens die Verhandlungen. Er verlas u. a. Grüße vom Reichsverbande deutscher Arbeitervereinigungen Oesterreichs und hieß unter Beifall den Staatsminister v. Berlepsch noch besonders willkommen, dessen Name in der nationalen Arbeiterbewegung einen guten Klang habe, der in sozialpolitischer Beziehung hervorragend gewirkt habe. — Darauf trat man in die Tagesordnung ein.

Es nahm das Wort zum ersten Vortrage Stegerwald-Köln über

die allgemeine politische Lage.

Er führte etwa aus: Verschiedentlich wurde die Fortführung der Sozialreform bekämpft mit dem Hinweis, daß die Sozialdemokratie ihre Anhänger stetig vermehre. Es sei daher angebracht, den Ursachen dieser Erscheinung einmal kurz nachzuspüren. In Deutschland setzte die industrielle Entwickelung verhältnismäßig spät ein, dafür aber mit einer Energie, wie in keinem anderen Lande. Die industriellen Lohnarbeiter mußten demnach ein bedeutsamer Stand werden. Das Bürgertum stand diesen Neubildungen meist verständnislos gegenüber; anstatt die Arbeiter zu politischer Mitarbeit heranzuziehen, überließ man sie ihrem Schicksal und damit der sozialdemokratischen Agitation. Die gesetzgebenden Gewalten standen bis tief in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluß der damals geltenden Wirtschaftstheorie, die in dem freien Spiel der Kräfte den vollkommensten Zustand wirtschaftlicher Tätigkeit erblickte. Die sozialdemokratische Bewegung habe man mit dem Sozialisten-

gesetz, das in weiten Arbeiterkreisen als gegen ihre Emanzipationsbestrebungen gerichtet, angesehen wurde, niederhalten wollen. Damit konnte sich die Sozialdemokratie als Märtyrer aufspielen. Die später geschaffenen Arbeiterversicherungsgesetze hatten weite Arbeiterkreise mit der Gesellschaft nicht ausgesöhnt, weil diese neben sozialer Fürsorge, auch mehr Freiheit, mehr gesellschaftliche Rechte beanspruchten. Die eigentliche Kulturarbeit obliege in Deutschland meist den Bundesstaaten und Gemeinden. Daran konnten sich die unteren Klassen nicht beteiligen, weil ihnen infolge plutokratischer Wahlsysteme der Zugang versperrt gewesen sei. Der österreichische Ministerpräsident habe mit Recht gesagt: er sehe die Sozialdemokratie lieber in- als außerhalb des Hauses. Diese Verhältnisse hätten für die klassenkämpferische Sozialdemokratie den günstigsten Resonanzboden gebildet. Auf dem Gebiete des Fürsorgewesens sei in Deutschland durch die Gesetzgebung mehr geschehen als in irgend einem anderen Staate der Welt; nur Fanatiker könnten dieses bestreiten. In Deutschland ist jeder dritte Mann gegen Unfall, jeder vierte gegen Invalidität und jeder fünfte gegen Krankheit versichert. Das müßte dankbar anerkannt werden. Die sozialdemokratische Agitation, die diese Leistungen als „Bettelsuppenpolitik" verhöhnte, sei aufs schärfste zurückzuweisen.

Von dem Dank oder Undank eines Teiles der nächsten Interessenten darf indes die deutsche Sozialpolitik nicht abhängig gemacht werden. Deutschland muß nicht nur um der Arbeiter willen, sondern auch seiner selbst wegen Sozialpolitik machen. „Ohne die physische, sittliche, wirtschaftliche Hebung und Stärkung der breiten Massen in Stadt und Land haben Reich und Staat gar nicht die Kräfte, weder an Menschen noch an Mitteln, um die großen Aufgaben und Lasten ihrer Macht und Weltstellung zu ertragen", schrieb Herr Professor Francke in Nr. 12 des letzten Jahrgangs der „Sozialen Praxis". Deutschland ist heute ein anderes als bei seiner Konstituierung 1871. Damals zählte es 40 Millionen Einwohner, heute sind es über 60 Millionen, die auf demselben Flächenraum Erwerb suchen. In der Landwirtschaft lassen sich neue Millionen nicht unterbringen. Dadurch wird die deutsche Industrie in steigendem Maße gezwungen, im Ausland Absatzgebiete zu suchen. Schon im Jahre 1905 betrug der Außenhandel Deutschlands über 14 Milliarden Mark an Wert. Wir unterschätzen nicht die Bedeutung des Kapitals in einer modernen Volkswirtschaft, wir erkennen auch an, daß deutsche Unternehmer in den letzten Jahrzehnten ein hohes Maß von Intelligenz entwickelt haben, aber wir sagen auch andererseits, es ist ausgeschlossen, daß die deutsche Industrie im Auslande weiter vordringen und ihre Position behaupten kann, ohne einen intelligenten, schaffensfreudigen Lohnarbeiterstand. Und diesen erhält man nicht dadurch, daß man ihn niederhält, sondern, indem man ihn als gleichberechtigten Stand in die Gesellschaft einordnet, auf dem Boden der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rechtsgleichheit mit den übrigen Ständen, insbesondere mit den Unternehmern. Und hinsichtlich der öffentlich-rechtlichen Stellung der Arbeiter ist Deutschland gegenüber den meisten modernen Kulturstaaten noch rückständig. Die letzten Jahre waren äußerst arm an sozialpolitischen Leistungen; mit Ausnahme des Gesetzes betreffend die Kaufmannsgerichte sind keine großen Taten aufzuweisen. Nach jeder einigermaßen sozialpolitisch fruchtbaren Aera sei stets eine solche der Stagnation gefolgt. Mit dieser Taktik suche sich anscheinend die Regierung mit den sozialpolitischen Bremsern auszusöhnen. Der preußische Landtag habe mit der völlig unzureichenden Berggesetz- und Knappschaftsnovelle in Arbeiterkreisen eine starke Erbitterung hervorgerufen. Und nicht allein das. Bei verschiedenen Anlässen hat man die Gleichberechtigung der Staatsbürger vor dem Gesetze außer acht gelassen und gesetzliche Ausnahmebestimmungen im Gesetze hineingebracht, welche die Arbeiter schwer zu schädigen geeignet sind. Das ist sowohl geschehen durch den § 23 des preußischen Einkommensteuergesetzes, wie auch durch die einseitige Besteuerung der Konsumvereine. Will man die Genossenschaften deshalb, weil sie die öffentlichen Institutionen des Staates und der Gemeinden wie jeder andere Gewerbebetrieb in Anspruch nehmen, besteuern, gut, so tue man es. Aber dagegen müssen wir uns ganz entschieden wenden, daß man die Konsumvereine einseitig zur Steuer heranzieht, wohingegen die Genossenschaften der Bauern, Handwerker usw. nach wie vor steuerfrei bleiben.

Von den Forderungen des Frankfurter Kongresses ist bisher noch keine verwirklicht; die vorjährige Vorlage betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine befriedigte keineswegs. Hoffentlich kommt man uns bei den nunmehr angekündigten Vorlagen, betreffend das Reichsvereinsgesetz und die Frage der Arbeitskammern, mehr entgegen. Die preußischen und sächsischen Vereinsgesetze, die zu den veraltetsten gehören, dürfen bei dem Reichsvereinsgesetz nicht als Muster vorschweben. Hinsichtlich des Koalitionsrechtes müssen die Frankfurter Forderungen nochmals unterstrichen werden. Auch gegen den Koalitionszwang, wie er in dem Chemigraphen- und Buchdruckergewerbe in Erscheinung tritt, muß Front gemacht werden. Danach müßten schließlich christlich-nationale Arbeiter, um ihr Brot weiter verdienen zu können, Organisationen mit sozialdemokratischer Tendenz beitreten. Entweder müssen aus den Verträgen in den betreffenden Gewerben die Bestimmungen über den Organisationszwang entfernt, oder aber alle Organisationen, die die Verpflichtungen einer Vertragsgemeinschaft auf sich nehmen, in diese einbezogen werden. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung muß eventuell die Hilfe der Gesetzgebung anrufen — in einigen Staaten Nordamerikas sind solche Verträge gesetzlich verboten — wenn vermittels solcher Monopolverträge christlich-national gesinnte Arbeiter in sozialdemokratische Organisationen gezwungen werden sollten.

Gegenwärtig liegen dem Reichstage Gesetzentwürfe vor zum Hilfskassengesetz, für gesetzliche Regelung der Zigarrenhausindustrie, sowie die Novelle zum Unterstützungswohnsitz. Ferner kündigte der ehemalige Staatssekretär Graf Posadowsky in seiner Rede vom 11. April folgende Vorlagen an: Regelung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, Kodifikation der Sozialversicherungsgesetzgebung, Nachtruhe der Frauen nach Maßgabe der Berner Konvention, Revision der Bestimmungen über die Sonntagsruhe, zehnstündiger Arbeitstag der Frauen, Witwen- und Waisenversicherung. Der Verschmelzung der drei Arbeiterversicherungsgesetze stehen große Schwierigkeiten und auch Bedenken im Wege. Anstatt Verschmelzung wird man zweckmäßig Vereinfachung zur Forderung erheben. Insbesondere erweist sich eine größere Zentralisation der Krankenkassen, eine Mitwirkung der Arbeiter an der erstinstanzlichen Rentenfestsetzung bei der Unfallversicherung als notwendig. Die Invalidenversicherung leidet an einer zu bureaukratischen Organisation. Der zehnstündige Maximalarbeitstag ist nicht mehr bloß auf die Frauen zu beschränken, nachdem bereits alle modernen Kulturstaaten einen gesetzlichen Maximalarbeitstag auch für Männer eingeführt haben.

Ueber die nächsten Aufgaben der gesetzlichen Sozialreform sei das Folgende hervorzuheben: Der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung fehle eine einheitliche Zusammenfassung; sie ist zudem mit der Wirtschaftsentwickelung nicht fortgeschritten. Seit Inaugurierung der Arbeiterschutzgesetzgebung hat in Deutschland, insbesondere in der Montanindustrie, eine gewaltige Kapitalkonzentration stattgefunden. Die deutsche Montanindustrie befindet sich auf dem besten Wege zum Trust. Die dem Stahlwerksverbande angeschlossenen Werke verfügen heute über ein werbendes Kapital von über eine Milliarde Mark. Dazu kommt noch das gewaltige Kohlen- und Roheisensyndikat. Diese großen Wirtschaftsverbände drohen ein Staat im Staate zu werden. Seit der verunglückten Hibernia-Affäre hört man auch nichts mehr, daß der Staat Einfluß auf diese gewaltigen Verbindungen zu erlangen sucht. Die Vorgänge in Amerika sollten für Deutschland ein warnendes Beispiel sein; der amerikanische Präsident Roosevelt kämpft zur Zeit geradezu einen Verzweiflungskampf gegen die Auswüchse der Trusts. Zur Regelung des Arbeitsverhältnisses in diesen Betrieben genügt die deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung keineswegs. Dazu ist die Einschlagung neuer Wege erforderlich. Für die hunderttausende in Deutschland tätigen Ausländer müßte ein Fremdenrecht gefordert werden, das diese bei Streiks und Aussperrungen vor behördlicher Willkür schütze; bei den sozialen Wahlen sei allgemein das Proportionalsystem in Anwendung zu bringen und für die Kontrolle der Betriebe des Handelsgewerbes Handelsinspektoren einzuführen.

Aufgabe der auf dem Kongreß vertretenen Korporationen sei es, für ihre weitere Ausbreitung energisch bedacht zu sein. Damit steigere sich der Einfluß derselben ganz von selbst. Innerhalb der bürgerlichen Parteien, zu denen sich die christlich-nationale Arbeiterwelt bekennt, sei eine energische Betätigung derselben notwendig. Die Erfahrung der letzten Jahre habe gezeigt, daß sich die Arbeiterschaft auch außerhalb der Sozialdemokratie Geltung zu schaffen vermöge. Von den Mitgliedern der auf dem Kongresse anwesenden Korporationen gehörten heute sieben Vertreter dem Reichstage, sechs dem preußischen, bayerischen und württembergischen Landtage an, und wohl an 150 aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangene Abgeordnete sitzen in den Kommune- und Gemeindeverwaltungen. Welch ein Umschwung in den letzten Jahren! Dieses Ergebnis wurde nicht, wie verschiedentlich behauptet wird, von oben künstlich gefördert, indem geschickte Parteiführer Arbeitervertreter mit Mandaten bedachten, um sich deren als Anhänger zu sichern, sondern es wurde im Gegenteil von unten heraus betrieben.

Die gleichberechtigte Eingliederung des Lohnarbeiterstandes in die bürgerliche Gesellschaft vollzieht sich also zusehends.

Kleinlicher Parteizank fände, obwohl die Delegierten zu den verschiedensten politischen Parteien sich bekannten, auf dem Kongreß keine Stätte.

Von diesem Geiste müßte auch die praktische Wirksamkeit getragen sein, dann würde die Kulturmission gelingen, die der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands harrt: die Arbeiter materiell, geistig und sittlich emporzuheben und sie zu lebensfrohen deutschen Staatsbürgern zu machen. Die Losung müsse sein: Gegen Herrenmenschentum von oben, gegen Klassenkampf von unten, für sozialen Fortschritt.

Ehe in die Diskussion über das Referat eingetreten wurde, verlas der Vorsitzende Behrens eine ganze Reihe von Begrüßungstelegrammen aus allen Teilen Deutschlands von den verschiedensten Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen. Darauf brachte er eine Anfrage des Verbandes evangelischer Arbeitervereine an der Saar zur Sprache, dahingehend: Der Verband wünscht rückhaltslose Aufklärung darüber, warum die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften nicht zum Kongreß eingeladen worden sind. Behrens verweist in Beantwortung dieser Anfrage zunächst auf die kürzlich durch die Presse gegangene Erklärung des Zentralrats der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, in der es u. a. heißt: der Zentralrat lehne es ab, der öffentlichen Aufforderung zur Teilnahme an dem Kongreß Folge zu leisten, weil für ihn nicht das einheitliche Zusammenwirken aller nationalen Berufsvereine das entscheidende Merkmal sei, sondern die Anerkennung der christlichen Richtung dieses Teils der Arbeiterbewegung, wie denn überhaupt die „sogenannte" christliche Richtung der Arbeiterbewegung nichts weiter sei als eine „antisemitisch-konservativ-ultramontane". Im Anschluß daran macht Redner Mitteilung über die Haltung, die die Hirsch-Dunckerschen schon vor Einberufung des Frankfurter Kongresses und dann später eingenommen hätten. In den vertraulichen Vorbesprechungen, die der Einberufung des Frankfurter Kongresses vorausgingen, verlangten die Hirsch-Dunckerschen, daß aus der Einladung die spezielle Bezugnahme auf die kaiserliche Botschaft von 1881 herausgestrichen werden solle. Um den Herren entgegenzukommen, gingen wir auf ihren Wunsch ein; trotzdem ließen sie uns später im Stich und beteiligten sich nicht an der Einberufung des Frankfurter Kongresses und verspotteten und verhöhnten ihn, als er doch zusammentrat. Eine gleich zweideutige Haltung nehmen sie in der Frage der Agitation für das Proportionalwahlsystem ein. Die Sache liegt also so: Früher schon haben die Herren den Anschluß verpaßt; dann, als sie sahen, wie stark wir wurden, hätt sie wohl gern mitgemacht, aber nunmehr haben mit ihrer öffentlichen Erklärung den Anschluß zu zweiten Male, und zwar so gründlich verpaßt, d ich meine: für uns ist die Sache damit erledig Arbeitersekretär Meyer (Düsseldorf) beantragt, a Grund dieser Erklärung über den Antrag des eva gelischen Arbeitervereins zur Tagesordnung übe zugehen. Bartsch (Saarbrücken) als Vertreter d antragstellenden Vereins widerspricht diesem Antrag Die Hirsch-Dunckerschen seien, speziell von der kath lischen Presse, heftig angegriffen worden und dagege hätten sie sich zur Wehr gesetzt. Zur Rechtfertigun ihrer Haltung beruft er sich weiter auf Vorgäng und Aeußerungen aus den vertraulichen Verhandlungen mit den Vertretern der Hirsch-Dunckerschen Organisation und beruft sich dafür wiederholt a das Zeugnis des Frhrn. v. Berlepsch. Namens de Gesamtverbandes erklärt sodann Stegerwald-Köln Ich bedaure außerordentlich den geringen Takt, m dem der Vorredner einen um die deutsche Sozialpolitik hochverdienten Mann in diese Dinge hinein gezogen hat, namentlich, da seine Darstellung teilweise eine völlig schiefe war. Die Hirsch-Duncker'schen sind von uns vor vier Jahren um ihre Beteiligung gebeten worden. Sie haben damals abgelehnt un damit haben sie den Anschluß verpaßt. Jetzt der Karren herauszuziehen, auf den sie sich gesetzt haben könnte vielleicht die Aufgabe interner Verhandlungen sein, gehört aber keinesfalls vor diesen weitverzweigten Kongreß. Der Kongreß beschließt hierauf mit allen gegen 9 Stimmen, über den Antrag des evangelischen Arbeitervereins an der Saar zur Tagesordnung überzugehen.

Zur Diskussion über das Stegerwald'sche Referat lagen nicht weniger als 22 Wortmeldungen vor.

Zur Formulierung der eingegangenen zahlreichen Resolutionen wurde eine Redaktionskommission eingesetzt.

Döring-Hamburg sprach dann über die

Sonntagsruhe.

Er führte aus:

„Im Laufe der letzten zehn Jahre hat die Sonntags-Gesetzgebung in einer Reihe europäischer Staaten bemerkenswerte Ergebnisse gezeitigt. Oesterreich, Frankreich, Dänemark, Belgien, Spanien, Rumänien, die Schweiz haben Sonntagsgesetze erlassen oder die bestehenden Gesetze verbessert, und in Italien steht die Sonntagsruhe gegenwärtig auf der Tagesordnung. Im deutschen Reiche dagegen haben wir im Laufe der letzten 15 Jahre keinen nennenswerten Fortschritt in der Sonntagsgesetzgebung zu verzeichnen gehabt, obwohl die Regierung schon im Jahre 1899 die Zusicherung gegeben hat, daß Erhebungen über die Revisionsbedürftigkeit der Sonntagsruhe-Bestimmungen in die Wege geleitet werden sollten, nach deren Abschluß dem Reichstage ein entsprechender Gesetzentwurf zugehen würde. Besonders das Handelsgewerbe ist reif für die Einführung völliger Sonntagsruhe in Kontoren und offenen Verkaufsstellen. Durch Ortsstatute haben Frankfurt a. M., Stuttgart und Darmstadt bereits die völlige Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe eingeführt. Aber neuerdings mehren sich die Gemeindeverwaltungen, die den Erlaß eines Ortsstatuts mit Rücksicht auf die ohnehin bevorstehende reichsgesetzliche Regelung ablehnen. Man erwartet nach den bestimmten Erklärungen, die im Reichstage von Regierungsvertretern wiederholt abgegeben worden sind, daß dem Reichstag demnächst ein Gesetzentwurf zugehen werde. Hoffentlich bleibt dieser Entwurf nicht hinter den Vorschriften zurück, die für Frankfurt am Main, Stuttgart und Darmstadt bereits durch Ortsgesetz beschlossen worden sind.

Für das Verkehrsgewerbe ist bereits vor 16 Jahren ein Spezialgesetz über die Sonntagsruhe in Aussicht gestellt worden, aber bei dieser Aussicht ist es bislang geblieben. So dankbar auch die Beschränkungen der Sonntagsarbeit bei der Reichspostverwaltung anzuerkennen sind, so viel bleibt hinsichtlich des Güterverkehrs an Sonntagen auf den Eisenbahnen zu wünschen übrig. In der Schweiz erhält jeder Beamte, Angestellte und Arbeiter der Eisenbahn, Dampfschiffahrts-Unternehmungen und sonstigen Transport-Anstalten 52 freie Tage im Jahre, wovon 17 auf Sonntage fallen müssen. Diese

Die Weberinnungsbewegung am Niederrhein.

II.

Man sieht, die Regierung nahm die Sache ernst und ging in der Zwecksetzung so weit, daß die gestellten Aufgaben, ganz abgesehen von den technischen und wirtschaftlichen Umwälzungen der damaligen Zeit, im Rahmen einer freien Innung unmöglich zu erreichen waren. Die Antwort der Fabrikanten auf diese Kennzeichnung der Innungszwecke, läßt sich deshalb ziemlich erraten; doch darüber später. Bei den Webern mußte eine solche Stellungnahme der Königl. Regierung, die wahrscheinlich durch Mitteilungen der Landräte und Bürgermeister, vielleicht auch durch private Besprechungen der Weber mit Vertretern der Regierung zur Kenntnis der Weber gekommen war, natürlich aufmunternd in der Richtung der Innungsbildung wirken, zumal ja auch die Königl. Regierung die Behandlung der Lohnfragen in das Programm der Innungen aufgenommen wissen wollte, und eine „einheitliche Lohnliste" war unstreitig die Hauptforderung der Weber. Zwar verlief die Bewegung anfangs in freieren Bahnen. Es wurden allgemeine Weberversammlungen abgehalten, Webervereine gebildet und Delegiertenkonferenzen veranstaltet. Bereits am 8. Januar 1881, also noch vor Erlaß des Innungsgesetzes, tagte eine solche in Krefeld, die von benachbarten Webereien beschickt war und eine Kommission mit den vorbereitenden Arbeiten zur Schaffung einer Interessenvertretung aller Weber des Niederrheins beauftragte. Der Plan ging dahin, „eine große Vereinigung zu organisieren, um angeblich auf christlich-sozialem Wege es zu erreichen, irgend einer Willkür des Arbeitgebers nicht ausgesetzt zu sein, zu einer festen als Anhalt dienenden Lohnliste und zu obligatorischen Innungen zu gelangen, sowie der Gewerbefreiheit vereint entgegen zu arbeiten" Im Verfolg der Besprechungen dieser Konferenz wurde sofort zur Gründung von Innungen geschritten. Die ersten entstanden im Kreise Kempen in den Orten Kempen, Oedt, Süchteln, St. Tönis und St. Hubert: diese Innungen gaben sich selbst ihre Statuten, erhoben Beiträge, vereinigten sich zu einem Kreisverband, schlossen einen Anschluß, der mit dem Westdeutschen Handwerkerbund in Verbindung trat, — alles noch ehe die Regierung Zeit gefunden hatte, ein Normalstatut für die Weberinnungen vorzulegen. Vereinzelt wurden sogar schon damals in den bezeichneten Weberkreisen Stimmen laut, welche sich prinzipiell gegen eine allzuenge Fühlung mit der Regierung aussprachen, die Weber — so meinte ein Delegierter auf einer Versammlung des Ausschusses für den Kreis Kempen vom 12. Februar 1882 — „sollten mehr selbständig vorgehen, die Regierung werde sich dann darum kümmern müssen".

Die Regierung kümmerte sich in der Tat um den Gang der Dinge und war bemüht, enge Fühlung mit der Bewegung zu halten. Zunächst sorgte sie für das Zustandekommen eines Normalstatuts der Innungen und für deren Errichtung auf Grund des Gesetzes von 1881. Die Aufgaben der Innungen wurden wie folgt festgesetzt:

„Die Innung ist bestimmt, die gemeinsamen gewerblichen Interessen ihrer Mitglieder zu fördern. Zu dem Ende wird sie in erster Linie die ihr nach § 97 der G. O. obliegenden Aufgaben zu erfüllen suchen und außerdem folgende Zwecke erstreben:

1. Die Verbesserung des Gewerbebetriebes der Innungsmeister und der Gesellen derselben durch Veranstaltung von Vorträgen.
2. Die Abhaltung von Meister- und Gesellenprüfungen und Ausstellung von Zeugnissen darüber.
3. Die Vermittelung resp. Vereinbarung mit den Fabrikanten hinsichtlich Aufstellung einer den Verhältnissen entsprechenden Lohnliste, überhaupt Anstellung einer möglichst festen Regulierung der Verhältnisse der Fabrikherren zu den Webermeistern, namentlich auch die Verhütung etwaiger willkürlicher Lohnabzüge.
4. Die Errichtung einer Kranken- und Sterbekasse für die Innungsmeister und deren Angehörige, für die Gesellen und Lehrlinge der Innungsmeister, insofern bei Eingehung der bestehenden freiwilligen Kassen oder sonst das Bedürfnis dazu eintritt.
5. Die Errichtung eines Schiedsgerichtes zur Entscheidung der in 120a der G. O. bezeichneten Streitigkeiten zwischen den Innungsmeistern und ihren Gesellen."

Die Mitgliedschaft der Innung wurde beschränkt auf großjährige männliche Weber, die ihr Gewerbe selbständig betrieben. Ein gewisser „Befähigungsnachweis" wurde als Berechtigung zum Eintritt in die Innung ebenfalls gefordert; der Aufzunehmende mußte nach abgelegter ordnungsmäßiger Lehrzeit und Gesellenprüfung mindestens drei Jahre als Geselle im Seidenwebergewerbe auf dem Webstuhl beschäftigt gewesen sein oder die Meisterprüfung abgelegt haben. Bezeichnend für das Selbstbewußtsein der in den Innungen organisierten damaligen Handweber und ihr festes Vertrauen auf die Zukunft der Handweberei war folgende Bestimmung:

„Wer jemand in einer mechanischen Weberei tätig und hat diese Tätigkeit begonnen, bevor er ganze drei Jahre hindurch als Geselle auf einem Webstuhl gearbeitet hat, so muß er, falls er sich als Meister selbständig niederlassen will, die Zeit, welche ihm an den drei Gesellenjahren fehlt, nachholen, bevor er zur Meisterprüfung zugelassen und in die Innung aufgenommen werden kann."

Ausführliche Bestimmungen trafen die Statuten über das Lehrlings-, Gesellen- und Herbergswesen, zu dessen Regelung zwei Ausschüsse, einer für Lehrlings- und einer für Gesellenwesen bestellt werden sollten. Die Gesellen sollten in eine Gesellenrolle eingetragen werden und aus ihrer Mitte einen Gesellenausschuß wählen zur Führung ihrer Angelegenheiten. Die Annahme eines Lehrlings mußte auf Grund eines von der Innung in seinen Hauptparagraphen festzusetzenden schriftlichen Vertrages und durch Eintragung in die Lehrlingsrolle erfolgen. Die Ausbildung der Lehrlinge hatte der Ausschuß für das Lehrlingswesen zu kontrollieren, eventuell war dem Lehrherrn die Befugnis, Lehrlinge zu halten, abzusprechen. Auch außerhalb der Arbeit sollte der Lehrling einer strengen Disziplin unterstehen; so war den Lehrlingen der Innungsmeister der Besuch von Wirtschaften ohne Begleitung Erwachsener kategorisch verboten, die Teilnahme an nächtlichen Lustbarkeiten gänzlich untersagt. Auf Grund dieser Statuten wurden im Laufe des Jahres 1883 eine ganze Reihe von Innungen gesetzlich errichtet. Bis Mitte April waren in den Kreisen Krefeld, Kempen, Geldern, Gladbach und Mörs 21 freie Weberinnungen statutlich genehmigt, die damals nach der Angabe des Regierungsrats Koenigs 4—5000 Mitglieder zählten.

Noch in demselben Jahre vereinigten sich die bestehenden Innungen zu einem Innungsverband, der den Namen „Niederrheinischer Weberbund" erhielt und die Pflege der gemeinsamen gewerblichen Interessen der beteiligten Innungen bezweckte. Der Verband sollte alle Seidenweberinnungen des ganzen niederländischen Seidenindustriebezirks auf der linken Rheinseite umfassen. In § 2 der vom Handelsministerium genehmigten Statuten war eine Zentralisierung der oben als Zwecke der einzelnen Innungen angegebenen Bestrebungen vorgesehen, insbesondere sollte der Weberbund ein einheitliches Verhalten gegenüber den Seiden- und Samtfabrikanten und Vereinbarungen mit denselben über Beseitigung hervorgetretener Mißstände, Lehrverhältnisse und Kündigungsfristen, über Unterstützung der Hilfs- und Altersparkassen sowie der sonstigen Einrichtungen und Zwecke der Weberinnungen und des Innungsverbandes herbeiführen. Die Innungen sollten sich korporativ dem Bunde anschließen, jede Innung war verpflichtet, pro Kopf ihrer Mitglieder halbjährlich 30 Pfg. an die Bundeskasse zu entrichten. Organe des Bundes wurden a. der Delegiertentag als beschließende Versammlung der Vertreter aller Mitglieder; b. der Bundesvorstand als ausführende und verwaltende Behörde; c. die Kreisvorstände als bloß beratende Behörden. Der Delegiertentag sollte sich zusammensetzen aus den 12 Mitgliedern des Bundesvorstandes und Vertretern der Innungen. Neben der Erledigung der Formalien waren Aufgaben des Delegiertentages insbesondere die „Errichtung, Abänderung und Auflösung von dauernden Einrichtungen, welche zur Erfüllung der Bundesaufgaben dienen", sowie ferner „Vereinbarungen mit den Seiden- und Samtfabrikanten, welche auf längere Zeit als sechs Monate Geltung haben sollen". Soweit die Entscheidung in Bundesangelegenheiten nicht dem Delegiertentag zufiel, sollte der Vorstand nach eigenem Ermessen handeln. Erster „Bundespräsident" wurde der Webermeister Peter Johannes Jenneskens in Nieukerk, später in Krefeld. Als Fach- und Publikationsorgan erschien seit dem 1. Juli 1883 wöchentlich einmal die „Innungszeitung", Organ des Niederrheinischen Weberbundes, unter Redaktion des Bundespräsidenten.

So groß die Gährung in den Kreisen der Handweber damals auch war, zu einer allumfassenden Organisation derselben brachte es der Niederrheinische Weberbund gleichwohl nicht. Der Grund hierfür lag vornehmlich in jahrelangen Streitigkeiten über die Form der Organisation. In den ländlichen Webereibezirken, insbesondere in den Kreisen Kempen und Geldern hatten die Handweber obschon sie prinzipiell an der obligatorischen Innung festhielten und die Gewerbefreiheit bekämpften, sich

Vorschrift kann sich das Deutsche Reich zum Muster nehmen. Im Binnenschiffahrtsgewerbe fehlt die gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe noch völlig, obwohl der Reichstag bereits seit 22 Jahren darauf drängt und die Reichskommission für Arbeiterstatistik auf Grund ihrer Untersuchungen schon vor sechs Jahren anerkannt hat, daß die Einführung der Sonntagsruhe für den Binnenschiffahrtsbetrieb ein dringendes Bedürfnis sei. Während in den Häfen von London und Rotterdam die völlige Sonntagsruhe durchgeführt wird, wird in den deutschen Häfen mit Ausnahme des ersten Weihnachtsfeiertages an allen Sonn- und Festtagen in der Ladung gearbeitet.

Auch die Angestellten im Gast- und Schankwirtsgewerbe entbehren noch völlig eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf Sonntagsruhe, obwohl schon im Jahre 1891 von der Regierung eine möglichst baldige Verbesserung dieser Mißstände in Aussicht gestellt wurde. Der Deutsche Kellnerbund fordert einen 36stündigen Ruhetag für jede Woche, der alle vier Wochen auf einen Sonntag fallen muß.

Redner erörterte sich weiter über die Beseitigung der Sonntagsbäckerei, der Sonntagsschlachtungen in städtischen Schlachthöfen, erörterte die Stellung der Zuschneider zur Sonntagsruhe, die Sonntagsarbeit der Tischlereien, im Barbier- und Friseurgewerbe, in der Gärtnerei, in der Landwirtschaft, in der Hausindustrie usw. Am 16. April d. J. forderte der Reichstag eine Beschleunigung der in Aussicht gestellten Revision über die Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit. Es sei sehr zu wünschen, daß dieser Reichstagsbeschluß scharf und schnell durchgeführt werde, denn die unzähligen Ausnahmen, die jetzt noch die Sonntagsruhe aller Berufe durchlöchern, seien vielfach überflüssig.

Die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften kann durch die Polizeibehörde durch gebührende Bestrafung aller festgestellten Uebertretungen sehr gefördert werden. Bislang seien aber die verhängten Geldstrafen fast immer sehr geringfügig bemessen worden.

Redner erörterte schließlich noch die christlich-nationale Bedeutung eines arbeitsfreien Sonntags und wies hinsichtlich der rechten Verwendung des Sonntags darauf hin, daß die Sonntagsfrage nicht nur eine Frage der Gesetzgebung, sondern auch eine Frage der Gesinnung sei. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist dazu berufen, unser Volk erziehen zu helfen zur Achtung vor dem Sonntag. Mag die sozialdemokratische Arbeiterschaft in neuerer Zeit die Verhandlungen auf ihren Parteitagen und Gewerkschaftskongressen mit der Erörterung über die Arbeitsruhe am 1. Mai ausfüllen; unser Ziel ist ein anderes, höheres. Wir kämpfen um die Arbeitsruhe an den sämtlichen Sonntagen und den hohen christlichen Feiertagen des Jahres.

Eine Abordnung des christlich-nationalen Arbeiterkongresses beim Reichskanzler.

Ebenso wie der erste Arbeiterkongreß in Frankfurt, faßte auch der Berliner Kongreß den Beschluß, dem Reichskanzler die Beschlüsse des Kongresses durch eine Deputation zu überbringen. Die Deputation wurde bei ihrer Ankunft in Altona, wo der Reichskanzler zur Zeit weilte, von dem Gesandten v. Müller begrüßt und in das Arbeitszimmer des Reichskanzlers geleitet. Hier hielt der Führer der Abordnung an den Fürsten nachstehende Ansprache:

„Durchlaucht, der Zweite Deutsche Arbeiterkongreß hat uns den Auftrag erteilt, Eurer Durchlaucht die Beschlüsse des Kongresses zu überbringen. Vertreter von über eine Million christlich-national gesinnter Arbeiter waren in Berlin versammelt, um gemeinsam über ihre sozialpolitischen Angelegenheiten zu beraten. Neben einer Aussprache über die sozialpolitische Lage im allgemeinen stand der Arbeiterschutz in den schweren und gesundheitsschädlichen Industrien, sowie die Sonntagsruhe und die Arbeiterinnenfrage zur Verhandlung. Seit dem ersten Kongreß vor vier Jahren hat unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung eine gute Entwickelung sowohl inbezug auf unsere äußere Ausdehnung wie auch auf inneren Ausbau erfahren. Mit Erfolg hat die christlich-nationale Arbeiterschaft bewirkt, daß ein größerer Teil der durch soziale Gesetzgebung der Arbeiterschaft eingeräumten Vertretungen bei Gewerbegerichten und der Arbeiterversicherung von befähigten Männern ihrer Gesinnung besetzt wurden. Der Kongreß hält es für nötig, daß das Verhältnissystem für alle sozialen Wahlen reichsgesetzlich eingeführt wird. Daß seit dem Frankfurter Kongreß vor vier Jahren von den danach beschlossenen Forderungen bis heute noch keine einzige gesetzliche Erledigung gefunden hat, rief bei unsern Kameraden im Lande Befremden hervor. Ganz besonderen Wert legt die christlich-nationale Arbeiterschaft auf Sicherung und Ausbau der Koalitionsfreiheit; auch die Gewährung des ungehinderten Organisationsrechts ohne Streikrecht an die Staatsbediensteten ist dringend erforderlich. Durch ein weiteres Ruhenlassen der Sozialreform auf dem genannten Gebiete wird unser Bestreben, der deutschen Arbeiterschaft durch ernste soziale Arbeit nach christlich-nationalen Grundsätzen zu nützen, erheblich erschwert und wird den verneinenden Kräften im Volksleben neue Nahrung zugeführt. Die Zustände in den schweren und gesundheitsschädlichen Industrien bedürfen sehr der erhöhten Aufmerksamkeit der Gesetzgebung. Ein besserer Arbeiterschutz ist in diesen Industrien unerläßlich; ebenso ist eine baldige Durchführung der völligen Sonntagsruhe im Handels- und Bäckergewerbe notwendig. Auch die Wünsche der Arbeiterinnen an die Gesetzgebung verdienen baldige Berücksichtigung. Wir überbringen Eurer Durchlaucht die Beschlüsse und die Drucksachen des Kongresses. Die Delegierten, die uns beauftragten, sind sich der Schwierigkeiten bewußt, die sich unsern Wünschen entgegenstellen könnten; aber sie sind auch zugleich der festen Ueberzeugung, daß es im zwingenden Interesse des Vaterlandes liegt, den Arbeiterstand als gleichberechtigtes Glied dem nationalen Volkskörper einzuordnen und die deutsche Arbeiterschaft durch erhöhten Schutz und Sicherung ihrer Rechte im allgemeinen Interesse schaffensfreudig zu erhalten. Wir versichern Eurer Durchlaucht, daß die auf dem Kongreß vertretenen Arbeiter erfüllt sind von herzlicher Treue und Liebe zu unserm erlauchten Kaiser und unserm deutschen Vaterland. Wir werden auch ferner dafür wirken, diese Gesinnung zu pflegen und zu festigen."

Der Reichskanzler erwiderte wie folgt:

„Meine Herren, es ist mir eine aufrichtige Freude, Sie als die Delegierten des Zweiten deutschen Arbeiterkongresses heute bei mir zu sehen. Seit dem Frankfurter Kongreß haben sich die Ihnen angeschlossenen Vereinigungen in verheißungsvoller Weise vermehrt und zugleich an Mitgliederzahl erheblich zugenommen. Mit Genugtuung entnehme ich in Uebereinstimmung mit Ihnen daraus den Beweis, daß in den deutschen Arbeitern noch in weiten Kreisen eine Stätte für die Betätigung christlich-nationaler, monarchischer Gesinnung vorhanden ist. Möge es Ihnen gelingen, diesen christlichen und deutschen Sinn weiter zu fördern und zu pflegen.

Ueber die Lage derjenigen Angelegenheiten, welche Sie bei unserer vorigen Besprechung in den Vordergrund gestellt haben, ist Ihnen durch den Herrn Staatssekretär des Innern Mitteilung gemacht worden. Ich füge hinzu, daß ich meinerseits alles tun werde, um die Einbringung und parlamentarische Erledigung des in Aussicht stehenden Reichsvereinsgesetzes und des Arbeitskammergesetzes zu fördern.

Was die Gegenstände Ihrer soeben abgeschlossenen Tagung betrifft, so liegt mir die Frage der Sonntagsruhe besonders am Herzen. Ich sehe in der Sonntagsruhe eine der Lebensquellen für unser gesamtes Volkstum und werde dafür Sorge tragen, daß bei den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über eine Revision dieser Bestimmungen nur insoweit Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsruhe zugelassen werden, als dies mit Rücksicht auf unabweisbare Bedürfnisse geboten ist.

Die Verhandlungen des Reichstages im letzten Frühjahr haben die besondere Aufmerksamkeit der obersten Reichs- und Staatsbehörden auf die Verhältnisse in der Großindustrie gelenkt. Namentlich über etwa vorhandene Mißstände in den sanitären Arbeiterverhältnissen und der Abmessung der Arbeitszeiten bestimmter Arbeiterklassen hat der preußische Herr Handelsminister eine Erklärung bereits in die Wege geleitet. Die demnächstige Regelung wird unter billiger Abwägung aller Interessen und nicht ohne Anhörung von Arbeitnehmern erfolgen.

Seien Sie versichert, meine Herren, daß die Sozialpolitik nach dem Willen unseres Kaisers durchgeführt werden wird. Wenn der Fortschritt auf manchen Gebieten sich nicht so rasch vollzieht, wie Sie ihn wünschen, so wollen Sie dabei im Auge behalten, daß die Reichsverwaltung die Interessen aller Stände wahrzunehmen hat, und daß eine gesunde und kräftige Sozialpolitik von der gesamten Volksauffassung getragen sein muß.

Nichts aber wird das soziale Verständnis der gesamten Nation mehr fördern, als wenn die deutsche Arbeiterschaft sich in immer weiterm Umfang auf den nationalen Boden stellt. Dadurch bekennt sie sich zu einer Solidarität mit den andern Ständen, die auf der anderen Seite nicht unerwidert bleiben kann und die Freudigkeit stärkt zu weiterm Fortschreiten auf sozialem Boden. Und so wird die deutsche Arbeiterschaft, indem sie frei von einseitigen oder übertriebenen Forderungen ihr eigenes Interesse vertritt, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Arbeiterstandes heben und gleichzeitig die Grundlage unseres staatlichen Lebens stärken und festigen. Diese Ihre Bestrebungen nach Kräften zu fördern, betrachte ich als eine meiner vornehmsten Aufgaben."

Der Herr Reichskanzler hat da wieder „recht nett" gesprochen, aber — etwas unbestimmt. Er will ja die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft nach „Kräften fördern". Vor vier Jahren klang es aus seinem Munde ganz ähnlich. Da versprach der Reichskanzler, für eine „ernste, sachliche Prüfung der Frankfurter Resolutionen" Sorge zu tragen. Aber bei dieser „Prüfung" ist es geblieben. Keine einzige der damaligen grundlegenden Forderungen ist bisher erfüllt worden. Ueber diesen Punkt hätte man also wohl in erster Linie vom Reichskanzler etwas genaueres zu vernehmen erwarten sollen. Allein er ist merkwürdig schnell darüber hinweggegangen; er beruft sich auf die Rede des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg. Aber auch dieser hat nichts näheres über das Reichsvereinsgesetz und das Arbeitskammergesetz gesagt; und über die Kardinalforderung, die Sicherung und Erweiterung der Koalitionsfreiheit, haben beide kein Wort verlauten lassen.

Sollen Vereine und Versammlungen nichtdeutscher Sprache verboten werden? Diese Frage beunruhigt die Arbeiterschaft nach wie vor. Die Sorge um Staatsinteressen kann doch in diesem Falle überhaupt nur Sinn haben, wenn es sich um politische Vereine oder Versammlungen handelt. Verbietet man aber auch Vereine und Versammlungen mit sozialpolitischen Bestrebungen, so bedeutet das einen direkten Schlag gegen die Aufwärtsbestrebungen der ganzen deutschen Arbeiterschaft. Die christlich-nationale Arbeiterschaft fordert Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechtes — auch für die fremdsprachigen Arbeiter. Daher kann und wird sie keinerlei Konzessionen machen, wo eine Gefährdung dieses ersten Arbeiterrechtes droht. Auch dürfte es nicht der Entscheidung der Behörden überlassen bleiben, ob Vereine oder Versammlungen als politische zu betrachten sind oder nicht.

Freie Bahn für die Gewerkschaftsbewegung, so lautet die Parole der deutschen Arbeiterschaft, und an dieser Parole wird sie unentwegt festhalten.

Katholische Fachabteilungen als Vorfrucht der Sozialdemokratie.

Wiederholt ist den katholischen Fachabteilern der Nachweis geliefert worden, daß ihre Sonderbündelei zuguterletzt nur der Sozialdemokratie dienen könne, daß der in ihrem Geiste erzogene Arbeiter schließlich sein Heil bei den Sozialisten suchen werde. Ein neuer Beweis aus jüngster Zeit: Einem Glasarbeiter in Rückers (Schlesien) wurde Agitationsmaterial zugesandt von dem christl. Keramarbeiterverbande, mit der Bitte, für Einführung dieses Verbandes unter die dortigen Arbeiter tätig zu sein. Nach kurzer Zeit kam das Material unter Beilage folgenden Briefes zurück:

„An den Zentralvorstand der christlichen Keramarbeiter:

Anbei erhalten Sie das mir zugesandte Material zurück, da ich nicht Zeit und Lust habe, mich dafür zu verwenden, und die zwei andern Kollegen, welche auch schon den Eintritt bezahlt haben, nicht weiter bezahlen wollen. Dieses „Christliche" kommt uns schon allen zum Hals raus. Es besteht hier schon viele Jahre eine kath. Fachabteilung mit dem Herrn Pfarrer an der Spitze, aber von einer Besserung keine Spur, im Gegenteil, wird's trotz eifrig gepflegtem Christentum immer schlechter. Wir werden uns deshalb im Glasarbeiterverband organisieren, was das einzig richtige ist, und in keinen zweifelhaften Verein eintreten."

So mußte es kommen. Wer zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen auf das letzte, aber notwendige und erfolgreiche Mittel des Streiks verzichtet, kann unmöglich etwas erreichen, ja die Lage der Arbeiter muß sich unbedingt verschlechtern, wenn dem Unternehmer nicht durch die Macht Konzessionen abgerungen werden können. Die übertriebene Harmoniedusselei der Arbeiter weiß sich der Unternehmer zunutze zu machen. Das Bewußtsein, es mit einer Organisation zu tun zu haben, die auch einen Kampf nicht scheut und nicht zu scheuen braucht, hat manchen Unternehmer zu friedlichen Zugeständnissen bewogen. Die Statistiken der christlichen Gewerkschaften beweisen das zur Genüge. Auch im wirtschaftlichen Leben hat das Sprichwort Geltung: „Durch Krieg zum Frieden." Die große Zahl der Tarifverträge war der Erfolg manches harten Kampfes. Ob das gesunde Zustände sind, mag dahingestellt sein, aber man soll die Sache nehmen wie sie ist, nicht, wie sie sein soll, wenn man reformieren will. Die Berliner schwärmen in Zukunftsphantastereien und haben dabei den praktischen Boden unter den Füßen verloren. Wenn dann dem Arbeiter schließlich die Geduld ausgeht und das Vertrauen zur Möglichkeit einer Verbesserung seiner Lage auf christlichem Boden verloren geht, so ist das weiter gar nicht verwunderlich. Auch ist es zu verstehen, wenn sich dem Arbeiter die Anschauung aufdrängt, Religion und Christentum ständen im Dienste des Kapitals. Es kommt daher, daß der Geistliche an der Spitze der Fachabteilung steht, wodurch die Verbesserungsbestrebungen der Arbeiter auf ein totes Geleis gedrängt werden. So treiben gerade jene, die das religiöse Bewußtsein im Arbeiter vertiefen wollen, indirekt denselben in die Arme einer antireligiösen Bewegung. Ob den Fachabteilungsleitern noch nicht bald das Verderbliche ihres Tuns klar wird?

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Bremen.

Nachdem nun bereits vier Wochen verflossen sind, seit der Herr Direktor Hansemann der „Jute-Spinn- und Weberei Bremen" den Arbeitern seine Zugeständnisse gemacht hat, müssen wir uns zum Schlusse doch noch die Frage vorlegen: Was lehrt uns die ganze Bewegung hier in Bremen? Unsern christlichen Kollegen und Kolleginnen sei es gesagt, daß sie durch unermüdliche Agitationsarbeit dafür zu sorgen haben, daß die Zahl der Christlichen sich bedeutend vermehrt, damit sie eine starke zielbewußte Masse bilden, die man von vornherein nicht umgehen kann. Bis jetzt war der Arbeiterausschuß blos aus Mitgliedern des „freien" Verbandes gewählt. Wir haben gesehen, wie dieser Arbeiterausschuß sein Recht mißbrauchte, indem er nicht die Wünsche der Arbeiter der Fabrik, sondern nur die eigenen Verbandsinteressen im Auge behielt, das heißt mit anderen Worten, daß er die „Genossen" vorzog und die Christlichen und Unorganisierten beiseite schob. Als ein Trauerspiel bewies sich die Sitzung, in welcher Herr Direktor Hansemann mit seinem Stabe den Arbeitervertretern sagte, er freue sich, daß seine werten Arbeiter eine so vernünftige Forderung gestellt hätten. War das nicht ein Stich für unsere roten Helden, die dort anwesend waren? Und als der Herr Direktor die Spinner dadurch bestrafte, daß diese wegen ihres Vorgehens (plötzliches Einstellen der Maschinen ohne die Kündigungszeit abzuwarten) vier Wochen warten mußten, bevor sie eine kleine Lohnerhöhung bekommen sollten, wo waren denn da ihre Vertreter, die die Spinner zu diesem Schritte veranlaßten. Kein Einziger hat die Spinner verteidigt, im Gegenteil, die Schuld wurde auf sie gewälzt. Ebenso waren die „Genossen" unter sich nicht einig wegen der Verkürzung der Arbeitszeit. Der Direktor wußte wohl, was für ein zerrissenes Bild die ganze Arbeiterschaft seiner Fabrik bildet. Daher sagte er auch, mit Gewalt und durch Macht sei bei ihm nichts zu erreichen, im Guten könne man mit ihm verhandeln. Auch hatte der Herr Direktor nicht blos mit den geistigen roten Führern die Sitzung abgehalten, sondern er ließ auch eine Anzahl anderer Arbeiter und Arbeiterinnen rufen. Wir lassen die erfolgte Lohnaufbesserung folgen:

Spinnerei.

Tagelöhne: Erhöhung um ca. 7—22%.

Jugendliche Arbeiter bekommen jetzt anfangs Mk. 1.40, nach ½ Jahr Mk. 1.45, nach einem Jahr Mk. 1.50. Außerdem die allgemeine Prämie von Mk. 1.— pro Zahlung.

Spinnerei-Akkord: Erhöhung um ca. 8%.

Akkord der Copserei, Spulerei und Haspelerei: Erhöhung um ca. 5%.

Weberei.

Akkord: Erhöhung um ca. 25%.

Tagelöhne: Erhöhung um ca. 10%.

Schlichterei.

Akkord: Erhöhung um 5—8% für I. u. II. Männer.
„ „ 18—23% „ III. „ IV. „

Appretur.

Tagelöhne: Erhöhung um ca. 10% für alle Arbeiter der Appretur, des Lagers und der Hofkolonne.

Nun, aus dieser ganzen Lohnbewegung ist zu ersehen, daß auch ohne das Geschrei der „Genossen" und deren Hetzarbeit das erreicht worden wäre, was die Arbeiter jetzt haben. Soll aber in Zukunft etwas Positives geschaffen werden, dann Kollegen und Kolleginnen, seid auf dem Posten. Der „deutsche" Verband hat für euch noch nicht das Geringste getan. Die Mißstände, die auf der „Jute" vorhanden waren, sind noch lange nicht beseitigt. Vielleicht kennt sie Herr Direktor Hansemann noch nicht. Darum, christliche Kollegen und Kolleginnen, sorgt dafür, daß es in Zukunft anders wird.

Gummersbach.

Am 20. Oktober fand für christliche und „frei" Organisierte eine gemeinsame Fabrikversammlung der Firma Sondermann statt. Als Vertreter unseres Verbandes war Kollege Fahrenbach-Ronsdorf erschienen. Leider hatte die Versammlung nicht den gewünschten Besuch aufzuweisen, was namentlich mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung zu bedauern war. Eine Besprechung der Mißstände ergab die Aufstellung folgender Forderungen: Zehnstundentag anstelle des bisher 11-stündigen. Auf Akkordarbeit 10% Lohnerhöhung. Hierauf wurde ein Arbeiterausschuß gewählt, wozu auch ein Kollege unseres Verbandes genommen wurde. Sollen die Forderungen mit Erfolg vertreten werden, dann ist eine eifrige Agitation unter den so vielen Unorganisierten des Betriebes notwendig. Kollege Fahrenbach sprach noch in klaren Ausführungen über den Streik in Dümmlinghausen. Es wurde beschlossen, zur weiteren Regelung der Sache in der folgenden Woche wiederum eine Versammlung abzuhalten.

Aus dem Verbandsgebiete.

Eine Agitationstour im 5. Verbandsbezirk

unternahm vom 10.—16. Oktober Frl. B. Graß. Es galt, die Arbeiterinnen, die unserem Verbande noch fernstehen, zu gewinnen, und die bereits gewonnenen Kolleginnen in ihrer gewerkschaftlichen Ueberzeugung zu vertiefen. Die erste Versammlung fand am 10. in Borken statt. Der Saal war überfüllt. Frl. Graß sprach in ¾-stündigen Ausführungen über die Arbeiterinnenfrage und über die Notwendigkeit einer christlichen Organisation für die Arbeiterinnen. In der Diskussion sprach Kollege Lensing und der Redakteur des „Bocholter Volksfreundes", Herr Becker. Besonders Letzterer legte in warmen Worten den Arbeiterinnen den Anschluß an den christlichen Textilarbeiterverband ans Herz. Eine schöne Anzahl Aufnahmen war der Erfolg.

Ebenfalls eine glänzende Versammlung war in Stadtlohn. Die Referentin behandelte dasselbe Thema wie in der Borkener Versammlung. Kollege Lensing zerpflückte den Verwaltungsbericht der Stadtverwaltung, der sich in vollständig ungerechter Weise mit der Bewegung der Textilarbeiter am Orte befaßt. Eine vom Redner vorgeschlagene Resolution, die gegen die Auslassungen in dem Berichte protestiert, fand unter jubelndem Beifall einstimmige Annahme.

In Glanerbrüg (Holland) war die Versammlung infolge verschiedener Umstände leider von Kolleginnen schlecht besucht, doch war eine schöne Anzahl Kollegen anwesend. Frl. Graß zeigte den Erschienenen in klaren Ausführungen, wie sie unter den Arbeiterinnen das Interesse für die Gewerkschaft wecken und erhalten können. Kollege Lensing ergänzte die Ausführungen nach einigen Richtungen.

Sonntag, den 13. Oktober, fand eine Versammlung in Gronau statt. Frl. Graß sprach über die Aufgaben der Frau und der Arbeiterin im gewerkschaftlichen Leben. Der neue Lokalbeamte von Gronau, Kollege Sparenberg, betonte die Notwendigkeit des Zusammenstehens der katholischen und evangelischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Kollege Heutmann zeigte, wie gerade die Gewerkschaft für die Familie arbeite. In Epe wurden nach dem Vortrage mehrere Aufnahmen gemacht. Erfolgreich verliefen ebenfalls die Versammlungen in Coesfeld und Dülmen.

Die Tour hat ihren Zweck vollständig erfüllt. Mögen die Kollegen und Kolleginnen das Gehörte in die Tat umsetzen, dann wird der Erfolg ein nachhaltiger sein.

* * *

Blombacherbach. In unserer Versammlung am 13. Oktober hielt Kollege Hamacher einen Vortrag über die christliche Gewerkschaftsbewegung. Redner schilderte uns zunächst den Werdegang dieser Bewegung. Wie dieselbe, von manchen Seiten heftig bekämpft, sich durch alle Fährnisse mutig und zielbewußt durchgerungen habe und jetzt zu einer mächtigen Bewegung geworden sei, mit der man wohl oder übel rechnen müsse. Dann hob Kollege Hamacher die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften noch besonders hervor, die sich nicht, wie die sogen. „freien" Gewerkschaften, von politischen Parteien ins Schlepptau nehmen ließen. Nach dem Vortrage wurden verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Unter anderem wurde für die Vorbereitungen zur hiesigen Krankenkassenwahl eine Kommission gewählt.

---

zum großen Teil mit den freien Innungen als „Durchgangsstadien zur obligatorischen Innung" abgefunden, anders in der Stadt Krefeld. Hier und in dem benachbarten Weberdorf Fischeln wurde eine starke Agitation gegen die Gründung von freien Innungen und gegen den Anschluß an den Niederrheinischen Weberverband betrieben; diese Richtung fand auf dem Lande ebenfalls Anhang und zwar auch an den Orten, wo freie Innungen eine mehr oder minder zahlreiche Mitgliedschaft bereits besaßen. Wenn die kommunalen Behörden auf Grund des Drängens der Regierung die Weber zu Versammlungen einluden, um eine freie Innung zu konstituiren, kam es oft zu ziemlich heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der freien Innung und den Behörden einerseits, sowie den Gegnern der freien Innung auf der andern Seite. Derselbe Kampf tobte insbesondere während des Jahres 1883 und 84 in der Presse; auf Seiten der ersteren Richtung focht die Innungszeitung und die liberale Parteipresse von Krefeld, die „Krefelder Zeitung", die Gegenseite vertrat die politisch auf dem Standpunkt der Zentrumspartei stehende „Niederrheinische Volkszeitung" zu Krefeld. Die Gegner der freien Innungen machten zur Begründung ihrer Haltung geltend, daß allen Webern in der Lehrlings- und Gesellenfrage sowie auch betreffs ihres Verhältnisses zu den Fabrikanten bindende Verpflichtungen auferlegt werden müßten, daß das Gleiche auch für die Gesamtheit der Fabrikanten zu geschehen hätte, wenn überhaupt eine Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse erzielt werden solle; man erstrebte also auf dieser Seite eine „mit gesetzlichen Rechten und Pflichten ausgestattete Vereinigung aller Beteiligten, d. h. aller Fabrikanten einerseits und aller Webermeister andererseits", sowie „eine feste Ordnung der Beziehungen unter diesen beiderseitigen Vereinigungen". Ohne gesetzliche Verpflichtung zum Beitritt zu dieser Organisation sowie zur gemeinsamen Regelung der beide Teile betreffenden Fragen (Zugang zum Gewerbe, Ausschließlichkeit der Beschäftigung und Arbeitsnahme zu gewissen Bedingungen usw.) hielt man eine Besserung der Lage für unmöglich. Auf dem Wege der Freiwilligkeit ließe sich bei den Fabrikanten noch weniger erreichen wie bei den Arbeitern. (Fortsetzung folgt.)

Brehell. Am 13. Okt. hatten wir Versammlung bei Heinrich Straeten mit der Tagesordnung: Gewerbegerichtswahl. Nachdem der Vorsitzende dieselbe eröffnet, bedauerte er zunächst den mangelhaften Besuch, trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung. Hierauf erteilte er das Wort dem Herrn Mies aus Essen. In längerem Vortrage legte derselbe die Bedeutung und den Nutzen der Gewerbegerichte für die Arbeiter klar. Er ermahnte die Arbeiter, welche auf christlich-nationalem Boden stehen, doch alle ihre Stimme den christlichen Kandidaten zu geben, um so den Gegnern zu zeigen, daß wir gewillt sind, der christlich-sozialen Weltanschauung und nicht der materialistischen zum Siege zu verhelfen. Darnach stellte der Vorsitzende die Ausführungen des Referenten zur Diskussion. Da sich keiner zum Wort meldete, erteilte er dem Referenten das Schlußwort. Derselbe betonte, daß er gerne gehabt hätte, daß von den „Freien" einige zugegen gewesen wären, die sich zur Diskussion gemeldet hätten. Es sei dies aber nicht der Fall. Nun, hob er hervor, wir können den „Freien" die beste Antwort dadurch geben, daß wir alle bis auf den letzten Mann zur Wahlurne schreiten und unsere Stimme den christlichen Kandidaten geben. Nachdem der Vorsitzende noch das Wahllokal bekannt gemacht hatte, schloß er die Versammlung.

Ehe (Westf.). Unsere am 13. Oktober abgehaltene Mitgliederversammlung erfreute sich eines regen Besuches. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Wahl zweier Kartelldelegierter vorgenommen. Als zweiter Punkt fand eine Besprechung über das zu feiernde Stiftungsfest statt. Es wurde beschlossen, dasselbe am 10. November zu feiern. Der Vorstand wurde mit dem Arrangement beauftragt. Um Ueberfüllung des Saales vorzubeugen, soll jedes Mitglied nur einen Familienangehörigen einführen. Der dritte Punkt betraf unsere neue Bibliothek. Da wir im Laufe dieses Quartals ca. 50 Bücher zum Ausleihen bereit halten werden, soll jeden dritten Sonntag im Monat Bücherwechsel stattfinden. Auch wurde eine viergliedrige Kommission gewählt, welche den Einkauf der Bücher besorgen soll. Vom Schriftführer wurde dann noch der Wert einer guten Bibliothek betont. Hierauf folgte der vierte Punkt: Bericht über die Bezirkskonferenz. Als letzter Punkt folgte ein Vortrag des Vorsitzenden über die Pflichten eines wahren und echten Gewerkschaftlers. Nachdem derselbe die Mitteilung gemacht, daß das Krankengeld Sonntags morgens nach dem Gottesdienste beim Kassierer ausgezahlt würde, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

M.-Gladbach-Hardterbroich-Pesch. Am 20. Oktober fand hier eine Versammlung für Arbeiterinnen statt. Trotzdem sich der Vorstand bemüht hatte, eine weibliche Kraft als Referentin zu gewinnen, um die Kollegin zur Kollegin sprechen zu lassen, mußte der Vorstand erfahren, daß von 176 weiblichen Mitgliedern nur sage und schreibe vier Kolleginnen erschienen waren. Des öfteren hört man die Klage, für die Kolleginnen würde nichts getan, es müßten besondere Versammlungen für sie einberufen werden. Werte Kolleginnen, es scheint, daß man eure Klagen und Wünsche nicht ernst zu nehmen braucht. Nun, Kolleginnen, wenn ihr das Entgegenkommen, sowie die persönliche Aufopferung eures Vorstandes nicht mehr zu schätzen wißt, so könnte demselben in Zukunft die Lust vergehen, eure Interessen zu vertreten. Zeiget für die Folge, daß ihr gewillt seid, mehr wie bisher an den Versammlungen teilzunehmen, um euch zu schulen und aufzuklären über eure notwendige Mitarbeit an der Hebung der sozialen Lage eures Standes. Deshalb, Kolleginnen, an euch liegt es, wollt ihr, daß eure Interessen vertreten werden, dann zeigt, daß ihr nicht nur zahlende, sondern wirkliche Mitglieder seid, welche es für ihre Pflicht halten, sich als solche zu betrachten und gemeinsam mit dem Vorstand beraten über praktische Agitation in eueren Kreisen, damit die letzte noch indifferente Arbeiterin für unsern Verband gewonnen wird.

Hönnern. Am Sonntag, den 13. Oktober feierten wir ein Familienfest. Frau Röhling sprach über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften für die Arbeiterinnen. Der reiche Beifall bewies das Interesse der Versammlung. Als zweiter Redner sprach unser Bezirksleiter, Kollege Röhling. Auch er verstand es, die Zuhörer zu fesseln. Der zweite Teil des Abends wurde ausgefüllt mit humoristischen Vorträgen, mehrstimmigen und gemeinschaftlichen Liedern usw. Jeder ging mit dem Bewußtsein nach Hause, einen recht schönen Abend verlebt und sich neuen Mut und neue Tatkraft geholt zu haben in dem Streite der Arbeiter um Verbesserung ihrer Lage. Daß wir auch in unserem Orte diese Tatkraft sehr notwendig haben, mag aus einigen Beispielen hervorgehen, die beweisen, daß wir noch mit mancherlei Widersacher zu kämpfen haben. Zur Lumpensammlung sucht ein Unternehmer in der Lokalpresse Arbeiter. Die reflektierenden Arbeiter müssen nun zum „Berühigungsnachweis" angeben, welcher Konfession sie angehören und ob sie organisiert sind. Wir wissen nicht, sein wann eine bestimmte Konfession die Qualifikation als guter Arbeiter begründet. Daß auch bezüglich der Organisation Angaben gemacht werden müssen beweist, wessen Geistes Kind der Herr ist. Während hier bisher unseres Wissens niemals bei Familienfesten Steuern erhoben wurden, verpflichtete uns der Herr Bürgermeister, ein Textilfabrikant, zur Zahlung der Lustbarkeitssteuer, weil auf dem Feste Lieder gesungen wurden. Als „Freundschaft zum Verbande" hat diese Maßnahme sich keiner ausgelegt.

Tüdingen, Baden. Obgleich wir unsere öffentlichen Versammlungen in Eilen und Sirin genügend bekannt gegeben, trug der Besuch von seiten unserer Schweizer Kollegen und Kolleginnen doch zu wünschen übrig. Ein Hindernis war ja wohl das dortige Schützenfest, aber mit Rücksicht auf den Referenten, Arbeitersekretär Lauber von Zürich, hätte man doch mehr Interesse zeigen müssen. Der Referent erwähnte eingangs seines Vortrags, daß heute, den 13. Okt., eine noch Tausende zählende Festversammlung am Viermaldstättersee vorfinde, zur Erinnerung an den 600jährigen Gedenktag, wo die drei betrunnen Schweizerbünde auf dem Rütliberg sich gegenseitige Treue geschworen haben, um das Joch der damaligen Tyrannen abzuschütteln. In vielen Beziehungen habe die Arbeiterschaft heute noch solche Joche zu tragen. Es sei daher unsere Pflicht, daß wir uns ebenfalls Schulter an Schulter zusammenschließen, zu einem festen Bunde in den „Christlichen Gewerkschaften", nicht die Nationalität soll uns trennen, ob Schweizer oder Deutsche, alle seien Arbeitsbrüder und -Schwestern, welche bei einander zu einer Arbeitsfront stehen. Er erwähnte ferner internationalen Gewerkschaftskongreß in Zürich getroffen wurden, wonach die Ausländer in demjenigen Lande organisiert sein sollen, wo sie in Arbeit stehen. Nach bereits zweistündiger, leicht verständlicher Rede schloß Kollege Lauber unter stürmischem Beifall seine Ausführungen. Des weiteren sprachen dann noch im gleichen Sinne unser Lokalbeamter Kiefer und der ebenfalls anwesende Herr Pfarrer von Eiken.

NB. Es wird bemerkt, daß diesen Winter in Säckingen ein Unterrichtskursus stattfinden wird, welchen unser Bezirksvorsitzender Kammerer leiten wird. Unsere Kollegen und auch Kolleginnen von Säckingen und nächster Nähe wollen sich zahlreich daran beteiligen, damit wir einigermaßen geschulte Kräfte erhalten. Auch findet in Bälde eine Vorstands-, Vertrauensmänner- und Förderinnenversammlung statt, ferner gleich einmal eine Fabrikversammlung „der Firma Bandgesellschaft", in welcher das wichtige Thema behandelt wird: „Wie stellt sich die Arbeiterschaft zu dem geplanten Zweistuhlsystem". Unsere Lage ist wirklich kritisch heute. Werbt, agitiert daher für den Verband, schließt euch vollzählig zusammen, damit wir rufen können: „Bis hierher und nicht weiter".

Schaag. Am 13. Oktober hielt unsere Ortsgruppe eine Generalversammlung ab, welche diesmal sehr gut besucht war, was wir mit Freuden begrüßen. Die Versammlung hatte den Zweck, über die Anstellung eines Lokalbeamten für Lobberich und Umgegend zu beraten, wobei auch die Ortsgruppe Schaag inbetracht kommt. Der Kollege Friedrich Pesch aus Viersen hatte es übernommen, die Kollegen über die Zweckmäßigkeit der Anstellung eines Lokalbeamten aufzuklären, dabei an Beispielen beweisend, daß das kleine Opfer, welches die Woche höchstens 2½ Pfennig ausmacht, sich doppelt rentieren würde. Daß die Kollegen die Ausführungen richtig erfaßten, zeigte sich bei der Abstimmung, wo mit großer Majorität für die Anstellung eines Lokalbeamten gestimmt wurde. Nachdem noch einige Punkte betreffs der Gewerbegerichtswahl erläutert waren, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Stadtlohn. Bekanntlich wurde auf unserer letzten Versammlung beschlossen, mit der schon lange geplanten Hausagitation alsbald zu beginnen. Alle Kollegen und Kolleginnen haben die Pflicht, in dieser Zeit mit Hochdruck für unseren Verband zu werben. Mögen dieselben des abends mal eine Stunde opfern und einen befreundeten Kollegen besuchen, um denselben für uns zu gewinnen. Wenn wir so vom ersten bis zum letzten Mitgliede einträchtig und mit Begeisterung zusammen arbeiten, werden wir sicherlich Erfolg haben. „Einigkeit macht stark", das gilt auch in der Agitation. Halten wir uns auch öfters das Wort vor Augen, welches Frl. Graß am 11. Oktober zu uns gesprochen:

Ich will, das Wort ist mächtig,
Sprichts einer ernst und still,
Die Sterne reißt's vom Himmel,
Das eine Wort „Ich will".

Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.

Dritte schlesische Gewerkschaftskonferenz.

Es geht vorwärts, auch in Schlesien! Das bewies uns die am 13. Oktober im Hotel „Schwarzer Adler" in Oppeln stattgehabte christliche Gewerkschaftskonferenz. Dieselbe war von 95 Delegierten aus den verschiedensten Gegenden Schlesiens besucht. Vom Gesamtverbande war Kollege Stegerwald-Cöln anwesend.

Der Konferenz ging vormittags 11 Uhr im Schützenhofe eine öffentliche Versammlung voraus, in welcher Kollege Stegerwald das Thema behandelte: „Die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften für den Arbeiterstand". Nachmittags zwei Uhr begann die Konferenz mit der Tagesordnung: 1) Gegenwärtiger Stand und weitere Aufgaben unserer Bewegung in Schlesien. Referent Kollege Gluger-Breslau. 2) Die Aufgaben der Zahlstellenvorstände und Vertrauensmänner in der inneren Verwaltung und Agitation. Referent Kollege Müller-Neustadt. 3) Unsere Stellungnahme zu den gegnerischen Organisationen. Referent Kollege Erhardt-Kattowitz.

Während im Jahre 1904 in Schlesien 1300 christliche Gewerkschaftler vorhanden waren, hat deren Zahl heute bereits 8000 erreicht. Ein Fortschritt, der nur freudig zu begrüßen ist. Daß aber auch schon im Punkt Schulung ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen ist, ersah man aus der Diskussion, welche mit großer Sachlichkeit von den Delegierten geführt wurde. Die Verhandlungen endeten abends 7 Uhr mit einem begeistert aufgenommenen Schlußwort des Kollegen Stegerwald.

An dieser Konferenz nahmen auch Kollegen und Kolleginnen unserer Ortsgruppen teil. Diese müssen nun in ihren Versammlungen vor allen Dingen einen umfassenden Bericht erstatten, und selbst arbeiten und agitieren, wie sie es versprechen.

In Schlesien haben wir rund 60000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen. Die große Masse derselben ist noch unorganisiert. Unser Verband hat erst im letzten Jahre mit einer energischen Agitation eingesetzt. Hier und da haben wir schon Erfolge zu verzeichnen. Es müssen Verbindungen gesucht, neue Ortsgruppen gegründet werden.

Die Ortsgruppenvorstände müssen es sich jetzt doppelt angelegen sein lassen, unter ihren Mitgliedern für Aufklärung und Schulung zu sorgen. In jeder Zahlstelle muß im Laufe des Winters ein Diskutierklub errichtet werden. Es können in demselben wichtige Artikel unseres Verbandsorgans verlesen und besprochen werden, um dadurch eine kleine Schar tüchtiger Pioniere heranzubilden. Die geplante Hausagitation muß in Angriff genommen werden, und sollen sich alle freudigst der Mitarbeit unterziehen. Erlahmen wir nicht in unserem tatkräftigen Vorwärtsdrängen.

Auch die nicht Verbandsmitglieder sind, müssen sich an der Agitation beteiligen und dieselbe nicht nur für die Ortsgruppe, der sie angehören, betreiben. Überall, wo uns Gelegenheit gegeben, in Verwandten-, Bekannten-, Freundes- und Kollegenkreisen müssen wir unsere Ideen verbreiten. Kommen wir an einen Ort, wo unser Verband noch nicht eingeführt ist, so suchen wir Vertreter zu gewinnen von Leuten, welche sich für unsere Bewegung interessieren. Wenn es auch nur ein Einzelner ist, der gewillt ist, unsere Sache zu fördern. Damit ist an solchen Orten viel gewonnen.

Kollegen und Kolleginnen Schlesiens. Arbeiten wir, benutzen wir den Winter, die Zeit der Agitation.

Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter.

Der Verband veröffentlicht soeben seinen Halbjahresbericht. Nach demselben ist die Mitgliederzahl in dem ersten halben Jahre um 4034 gestiegen und zwar von 38076 am Schluß des Jahres 1906 auf 42110 Ende Juni 1907. Der Verband hat eine Reorganisation vorgenommen, indem die in einem Interessenbezirk liegenden Zahlstellen in größeren Verwaltungsstellen zusammengeschlossen wurden. Agitationsbezirke, denen ein freigestellter Bezirksleiter vorsteht, sind errichtet für Baden und Württemberg, Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet, Sauerland, Hannover, Paderborn, Niederrhein, Köln, Mitteldeutschland, Münster, Nordbayern, Südbayern, Saargebiet und Pfalz, Oberschlesien, Ostpreußen, Posen-Schlesien und Westpreußen.

Die Einnahme des Verbandes beträgt nach der Abrechnung 363 585,87 Mk., gegen 327 108,50 Mk der vorigen Abrechnung. Demnach ein Mehr von 36 477,37 Mark. Die Ausgaben gegen das zweite Halbjahr 1906 mit 176 985,72 Mk. auf 267 801,22 Mark bei der Zentralkasse. Das ist ein Mehr von 90 815,50 Mark. Die Steigerung dieser Ausgaben entfällt zum größten Teil auf die Streikunterstützung, die 134 125,20 Mk. beträgt. Die Steigerung der Streikunterstützung ist zum großen Teil auf die langen Kämpfe in Aachen und Berlin zurückzuführen. In Aachen dauerte der Kampf 17 Wochen. Aber auch die Kranken- und Sterbeunterstützung hat sich um 49 Prozent erhöht.

Insgesamt wurden in 229 Orten Lohnbewegungen eingeleitet und durch Tarifabschlüsse beendet. In 210 Fällen im Wege friedlicher Verhandlungen und in 19 Fällen kam es zum Streik bezw. Aussperrung. In der Verband im ganzen Reiche Agitationsbezirke errichtet hat und manche bis jetzt unaufgeschlossene Gegend bearbeitet werden kann, ist eine weitere Steigerung der Mitgliederzahl zu erwarten.

Zur Vertreterwahl der Ortskrankenkasse II. zu Bocholt.

Am Freitag, den 8. November findet die Vertreterwahl für die oben genannte Kasse statt. Wie in den früheren Jahren, so werden bei der bevorstehenden Wahl sich zwei Parteien um die Mandate bewerben. Für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine hat bereits der „Ausschuß für soziale Angelegenheiten" die Vorarbeiten in die Hand genommen. Von den Mitgliedern der Ortskrankenkasse II, die den genannten Vereinen angehören, wird die Entscheidung getroffen werden können, ob die Liste des „Ausschusses für soziale Angelegenheiten" mit großer Majorität siegt oder nicht. Wir sagen: mit großer Majorität! Vor zwei Jahren hatte die christliche Liste gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaften einen Vorsprung von nur 92 Stimmen. Dieses nicht erfreuliche Resultat ist durch verschiedene Umstände herbeigeführt worden. Zunächst war nach den damaligen Verhältnissen die Zeit der Wahl eine viel zu knappe, da nur in einem einzigen Lokale gewählt werden konnte, was bei den 1560 wahlberechtigten Personen absolut nicht ausreichte. Dazu kam noch, daß ein großer Teil der Arbeitgeber ihren Arbeitern erst kurz vor Feierabend freie Zeit zum Wählen gaben, wodurch an der Wahlurne ein so großes Gedränge entstand, daß viele Wähler stundenlang warten mußten, ehe sie ihren Stimmzettel abgeben konnten. Während von unseren Leuten wegen des langen Wartens das Wahllokal vorzeitig verlassen wurde ohne zu wählen, harrten die „Genossen" bis zur letzten Minute aus, um den Stimmzettel für die sozialdemokratische Liste abzugeben. So kam es denn, daß bei der vor zwei Jahren getätigten Wahl viele Stimmen für unsere Liste verloren gegangen sind. Nun hat der Vorstand der Krankenkasse insofern eine Aenderung getroffen, daß bei der Wahl am 8. November in 4 Lokalen gewählt wird, wodurch es den Wählern bedeutend erleichtert ist, ihr Wahlrecht auszuüben zu können. Mithin haben auch die christlichen Arbeiter dafür zu sorgen, daß unsere Liste mit einem glänzenden Siege aus der Wahl hervorgeht. In einer Stadt wie Bocholt, wo die Arbeiter vorwiegend die christliche Weltanschauung verteidigen, darf es nicht vorkommen, daß die „Genossen" uns so auf den Fersen sitzen. Vor allem ist es notwendig, die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche unserer Weltanschauung huldigen, darüber aufzuklären, wie wichtig es ist, tüchtige Vertreter in den Krankenkassen zu besitzen. Die „Sozis" werden bei dieser Wahl die christlichen Arbeiter, welche im Vorstande oder als Vertreter der Kasse tätig sind, verdächtigen, um sich als die besten Vertreter der Arbeiter hinzustellen, wodurch sie den Zweck erreichen wollen, christliche Wähler für ihre Liste zu fangen. Hier gilt es für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine, eventuelle Verdächtigungen auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Gerade die sozialdemokratischen Parteigroßen haben am allerwenigsten Grund, sich über die Tätigkeit christlich gesinnter Arbeiter in den Krankenkassen aufzuregen, weil die Sozialdemokratie es war, die gegen die Einführung des Krankenversicherungsgesetzes gestimmt hat. Heute, nachdem sie sehen, welchen Vorteil das Gesetz der Arbeiterschaft gebracht hat und noch bringt, wollen die „Genossen" sich in das Zeug hineinlegen, um für ihre Ideen Propaganda zu machen. Verschiedene Vorkommnisse auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens haben gezeigt, daß dort, wo die „Genossen" das Heft in der Hand haben, es mit der Verwaltung der Kasse in mancher Beziehung hapert. Wir verweisen nur auf München, wo mit mächtiger Unterbilanz gearbeitet worden ist, und auf Remscheid, wo die „Genossen" von ihren Posten als Vorstandsmitglieder entboten wurden, weil es in der dortigen Kasse nicht mehr stimmte. Aus allen diesen Gründen ist es für einen christlichen Arbeiter Pflicht, alles aufzubieten, um unserer Liste zum Siege zu verhelfen. Gehen alle die Wähler, die auf christlichem Standpunkte stehen, an die Wahlurne, um die vom „Ausschusse für soziale Angelegenheiten" aufgestellte Kandidaten zu wählen, dann wird unser Sieg ein glänzender sein. Darum sollten am 8. November alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die Mitglied der Ortskrankenkasse II sind, und am Tage der Wahl das 21. Lebensjahr vollendet haben, sich sagen: „wir betrachten es als unsere vornehmste Aufgabe" unser Wahlrecht auszuüben und wollen dafür sorgen, daß am Freitag, den 8. November die Vertreterwahl in Bocholt mit einem Siege für die christlich-nationale Arbeiterbewegung endet.

Kartoffeln für das Koalitionsrecht.

Ein verwunderlicher Tausch, wird mancher sagen, und doch wird die Historia festhalten müssen, daß im aufgeklärten 20. Jahrhundert im Lande der „Denker" sich Arbeiter finden, die ihr Koalitionsrecht preisgeben für — Kartoffeln. — Ist dort in St. Ingbert ein Eisenwerk, dessen Leitung nun einmal die fixe Idee nicht loswerden kann, daß der christliche Gewerkschaftsgedanke vor Wiesen und Mittelchen der verschiedensten Art Halt machen müsse. Das neueste Ausrottungsmittel ist in folgendem Anschlag niedergelegt: „Wie im vorigen Jahr, beabsichtigt das Werk auch in diesem Jahre, einen größeren Posten Kartoffeln anzukaufen. Die Abgabe erfolgt zum Selbstkostenpreis für die nicht der christlichen Gewerkschaft angehörenden Arbeiter. Meldungen 2c." — In einem anderen Falle dienten die Kartoffeln dem äußerst löblichen Zweck, den gelben Arbeitswilligenvereinen auf die Strümpfe zu helfen. In einer großen Bayreuther Spinnerei war vor kurzem ein Ukas angeschlagen, folgenden Inhalts: „Wer dem gelben Verein beitritt, bekommt Kartoffelgeld." Am andern Tage begann die Auszahlung. Die Verheirateten erhielten zehn Mark, die Ledigen fünf Mark. Und beim Klange der Geldstücke entfalteten die Meister noch eine eifrige Tätigkeit, um die Schwankenden in den sicheren Hafen der Selbstentmannung hineinzubringen. — Hoffentlich geraten für die Zukunft die Kartoffeln gut, damit die Herren Unternehmer das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter nicht zu teuer zu erkaufen brauchen

Versammlungskalender.

Bocholt. 3. Nov., Abrechnung der Vertrauensmänner.
Borken i. W. 10. Nov., 11 Uhr, Bücherwechsel, 11½ Uhr Versammlung.
Derschlag. 10. Nov., 5 Uhr, bei Julius Torley, Oberderschlag, große öffentliche Versammlung aller Branchen.
Dahlhausen a. d. Wupper. 3. Nov., 2 Uhr, bei G. Meyer.
Freckenhorst. 3. Nov., 4½ Uhr, bei Ww. Huesmann, öffentliche Versammlung.
M.-Gladbach, Sektion Eicken. 9. Nov., 8 Uhr, bei Osw. Schäfer, Mathiasstr.
M.-Gladbach-Waldhausenerhöhe. 9. Nov., ½9 Uhr, bei Ww. Uebach.
Glanzau. 2. Nov., ½9 Uhr, im Meisterhaus.
Griesheim a. M. 3. Nov., 3 Uhr, in der Rosenau.
Haaren b. Aachen. 3. Nov., 11 Uhr, bei Oeben, Bachstr.
Hinsbeck. 3. Nov., 5½ Uhr, bei Ww. Max Hahnen.
Jüchen. 3. Nov., 5 Uhr, bei Adam Kremer, Generalversammlung und Bücherrevision der Bibliothek.
Kettenis. 10. Nov., 5 Uhr, bei Fr. Lieberz, Generalversamlg.
Kohlscheid. 17. Nov., 6 Uhr, bei Peter Gillessen.
Krefeld. 3. Nov., 6 Uhr, in der „Reichshalle".
Ochtrup. 10. Nov., 4 Uhr, bei Ww. Fischer.
Odenkirchen. 3. Nov., 6 Uhr, bei Aug. Matheisen, Generalversammlung.
Oedt. 10. Nov. 10½ Uhr, bei Heinr. Kramps.
Sassenberg. 10. Nov., ½6 Uhr, bei J. Twehues.
Vaals (Holland) 3. Nov., 7 Uhr, bei Gillissen.
Weyberg. 3. Nov., 10½ Uhr, bei Winkens, Generalvers.
Würselen. 20. Nov., 11 Uhr, bei Werner Leuchter.

Berichtigung

zu der Bilanz des Gewerkschaftskonsumvereins „Selbsthilfe", e. G. m. b. H. zu Benn.

Vom 1. September 1906 bis 31. August 1907.

Mitgliederbestand am 1. September 1906	101
Im Laufe des Jahres beigetreten	36
Ausgetreten	14
Gestorben	1
Mitgliederbestand am 1. September 1907	122
Zahl der Geschäftsanteile	122
Gesamthaftsumme	3660 Mk.

Der Vorstand. Joh. Baum. Peter Reikes. Peter Göttschkes. (Mk. 3.20)

Der Aufsichtsrat. J. A.: Josef Hilgers, Vorsitzender.

Rheydt.

Den in Rheydt wohnenden Mitgliedern zur gefl. Kenntnis, daß seit dem 1. Oktober das Krankengeld auf der Geschäftsstelle Odenkirchenerstr. 35 ausbezahlt wird, und sind alle Krankheitsmeldungen dorthin zu richten.

Die Auszahlung geschieht Freitags und Samstags, morgens von 9—1 Uhr, und Freitags nachmittags von 4—6 Uhr.

J. A.: **F. Herzhoff**, Geschäftsführer.

XI. Agitationsbezirk (Thüringen-Sachsen-Brandenburg).

Für den Gau Niederlausitz findet am 3. November in **Soran** eine Gaukonferenz statt. Beginn nachmittags 1 Uhr im Gasthaus „Zum goldenen Apfel". Vorläufige Tagesordnung: 1) Berichterstattung, 2) Gelbe Gewerkschaften. 3) Gewerkschaftliche Arbeit, 4) Wünsche und Anträge. — Die Ortsgruppen wollen ihre Vertreter entsenden. Eventl. Anträge zur Konferenz sind dem Unterzeichneten einzusenden.

Ernst Rümmele, Bezirksvorsitzender.

I. Württembergische Gewerkschaftskonferenz.

Der mehrfach geäußerte Wunsch, in Württemberg eine allgemeine christliche Gewerkschaftskonferenz abzuhalten, hat sowohl im Lande selbst, wie auch beim Vorstand des Gesamtverbandes Zustimmung gefunden. Die

Konferenz

findet daher am Sonntag, den 8. Dezember in Stuttgart statt. Beginn vormittags 10 Uhr. Das Lokal wird noch bekannt gegeben. Jede Zahlstelle kann einen Delegierten entsenden. Kleinere können sich vereinigen zur gemeinsamen Vertretung. Die Kosten tragen die Lokalkassen.

Tagesordnung:

1) Stand und weitere Ausdehnung unserer Bewegung;
2) Die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften im öffentlichen und sozialen Leben;
3) Etwaige Stellungnahme zu sozialpolitischen Maßnahmen in Württemberg.

Anträge und Vorschläge sowie Anmeldungen von Delegierten sind längstens bis zum 15. Nov. an den Unterzeichneten zu richten.

J. A.: Franz Xav. Rödlach,
Stuttgart, Urbanstraße 96.

Dieser Nummer liegt eine Abonnementseinladung der Zeitung „Das Reich", Nationale Tageszeitung für soziale Reform bei, welche der Beachtung aller Leser dieses Blattes empfohlen wird. Der Verlag des Reich hat sich bereit erklärt, Verbandsmitgliedern gegen Einsendung einer Monatsquittung 25 Pfg. in bar zurückzuvergüten, sodaß dadurch der Abonnementspreis mit Rücksicht auf den Umfang des Gebotenen sehr niedrig ist.